Soester Kreisblatt

Soester Zeitung, Tageblatt u. General-Anzeiger, Publikationskraft für die Behörden

früher Wochenblatt mit allein rechtsverbindlicher des Kreises Soest / Gegründet 1819

Erscheint täglich morgens mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. / Bezugspreis monatlich 2,— G.-Mark. / Bei zeitweiligem Nichterscheinen infolge höherer Gewalt muß der Bezugspreis voll entrichtet werden. / Geschäftsstelle: Soest, Wiesenstr. 5. / Fernspr. 59. / Postscheck.: Hannover 22539

Anzeigenpreise: Die einspaltige Millimeterzeile 8 Pfg., für Auswärtige 10 Pfg. Reklamen 50 Pfg. Etwaiger Rabatt gilt als Kassenrabatt und kommt bei gerichtlichen Klagen in Fortfall. — Für Erfüllung von Platzvorschriften wird keine Gewähr übernommen. — Anzeigenannahme bis 6 Uhr abends

Nr. 39 — Dienstag, den 16. Februar 1932 — 114. Jahrgang

Die Reichspräsidentenwahl

Hindenburg nimmt die Kandidatur an

„... Bereiterklärung eine Pflicht ..."

Reichspräsident v. Hindenburg erteilt auf die in den letzten Tagen an ihn gerichteten Aufforderungen und Anfragen öffentlich folgende Antwort:

„Nach ernster Prüfung habe ich mich im Bewußtsein meiner Verantwortung für das Schicksal unseres Vaterlandes entschlossen, mich für eine etwaige Wiederwahl zur Verfügung zu stellen. Der Umstand, daß die Aufforderung hierzu an mich nicht von einer Partei, sondern von breiten Volksschichten ergangen ist, läßt mich in meiner Bereiterklärung eine Pflicht erblicken.

Sollte ich gewählt werden, so werde ich auch weiterhin mit allen Kräften dem Vaterlande treu und gewissenhaft dienen, um ihm nach außen zur Freiheit und Gleichberechtigung, nach innen zur Einigung und zum Aufstieg zu verhelfen.

Werde ich nicht gewählt, so bleibt mir dann der Vorwurf erspart, meinen Posten in schwerer Zeit eigenmächtig verlassen zu haben.

Für mich gibt es nur ein wahrhaft nationales Ziel: Zusammenschluß des Volkes in seinem Existenzkampf, volle Hingabe jedes Deutschen in dem harten Ringen um die Erhaltung der Nation!"

Die Grundlagen der neuen Hindenburgkandidatur

Das Continbüro verbreitet unter dem 15. Febr. folgende Meldung:

Der Entschluß des Reichspräsidenten, sich für die Wiederwahl zur Verfügung zu stellen, hat in politischen Kreisen der Reichshauptstadt naturgemäß lebhafte Genugtuung ausgelöst. Die Kandidatur wird als eine solche der gemäßigten Rechten und der Mitte gewertet, und man erwartet, daß auch weitere Kreise der Linken ihr zustimmen werden. Die Grundlagen der Kandidatur sind dieselben wie im Jahre 1925. Es kommt nur hinzu, daß der Reichspräsident sich durch seine ehrfurchtgebietende Persönlichkeit und die ruhige Hand seiner Staatsführung das Vertrauen weiterer Kreise erworben hat, sodaß man in Wahrheit von einer Volkskandidatur sprechen kann. Schon die zahlreichen Kundgebungen, die in den letzten Tagen an den Reichspräsidenten gerichtet worden sind, lassen keinen Zweifel darüber, daß die Kandidatur Hindenburgs auch im Lande mit großer Freude aufgenommen werden wird.

Aeußerlich geht die Entwicklung nun so weiter, daß der Reichspräsident morgen vormittag Dr. Sahm und die Vertreter auch der anderen Ausschüsse empfangen wird, die sich in den verschiedenen Teilen des Reiches gebildet, und die sich bereits mit Entschiedenheit für die Hindenburgkandidatur eingesetzt haben.

Die DVP. für die Wiederwahl Hindenburgs

Der Parteivorstand der Deutschen Volkspartei trat zur Erörterung der politischen Lage zusammen. Der Parteivorstand beschloß, alle Kräfte einzusetzen, damit Hindenburg mit überwältigender Mehrheit gewählt werde.

Die Deutschnationalen für die Beschlüsse von Harzburg

Die Deutschnationale Volkspartei äußert dazu folgende: Die Kandidatur des Feldmarschalls von Hindenburg ist Tatsache geworden. Seitens der Regierung Brüning sind in der Frage der Reichspräsidentenwahl schwere Fehler begangen. Mit verdächtiger Geschäftigkeit hat die Linksdemokratie die Hindenburgkandidatur betrieben. Beides hat nicht nur dem Namen des Feldmarschalls, sondern auch dem Ansehen Deutschlands schweren Schaden zugefügt. Wir bedauern diese Entwicklung. Sie ist ein neuer Beweis für die Unfähigkeit des heutigen Systems, die Geschicke Deutschlands zu meistern. Der Kampf gegen dieses System ist das oberste Gebot wirklicher nationaler Politik. Hinter dies Gebot müssen auch alle Gefühle der Ehrerbietung zurücktreten, die wir vor dem Sieger von Tannenberg empfinden. Das Weimarer System, verkörpert durch die schwarz-roten Parteien, versucht dauernd, die historische Gestalt des Feldmarschalls von Hindenburg als Schutzschild ihrer zusammenbrechenden Macht auszunutzen. Aus ihrer Hand nimmt er nunmehr eine neue Kandidatur als Reichspräsident entgegen. Diese Lage der Dinge macht es uns jetzt unmöglich, unsere Stimmen wiederum wie 1925 für den Reichspräsidenten von Hindenburg abzugeben. Die Deutschnationale Volkspartei wird vielmehr den Kampf um die Reichspräsidentenwahl im Sinne der Beschlüsse von Harzburg und mit dem Willen führen, eine grundsätzliche Kursänderung herbeizuführen. Der Vorstand der Deutschnationalen Volkspartei ist auf Mittwoch, den 17. Februar, einberufen worden.

General von Horn und der Stahlhelm

Reichspräsident von Hindenburg empfing am Montag den Präsidenten des Reichskriegerbundes „Kyffhäuser", General der Artillerie a. D. von Horn, der ihm erneut das Vertrauen und die Treue der im Kyffhäuserbund vereinigten alten Soldaten zum Ausdruck brachte.

*

Die Presseabteilung des Bundesamtes des Stahlhelm B. d. F. teilt mit: Am Sonntag waren die Landesführer des Stahlhelm in Berlin zur Besprechung der Frage der Reichspräsidentenwahl versammelt. Die Aussprache ergab in voller Einmütigkeit, daß der gesamte Stahlhelm wie im Jahre 1925 zum Einsatz für den Generalfeldmarschall von Hindenburg bereit steht, wenn eine ausreichende sichtbare Voraussetzung für einen Kurswechsel geschaffen wird. Dem Herrn Reichspräsidenten ist dieses Ergebnis zur Kenntnis gebracht worden.

Dieselbe Pressestelle verbreitet später folgende Zeilen: Die Voraussetzungen, unter denen der Stahlhelm bereit war, für die Präsidentschaft des Generalfeldmarschalls von Hindenburg einzutreten, sind nicht erfüllt. Nunmehr hat der Stahlhelm freie Hand. Der General von Horn war nicht ermächtigt, im Namen des Stahlhelm zu sprechen.

*

Zu dieser Mitteilung des Stahlhelm erklärt General von Horn, daß er überhaupt nicht im Namen des Stahlhelm gesprochen habe. Das gehe auch aus der amtlichen Mitteilung hervor, in der ausdrücklich festgestellt wird, der General habe dem Reichspräsidenten „erneut das Vertrauen und die Treue der im Kyffhäuserbund vereinigten alten Soldaten zum Ausdruck gebracht.

Der Reichstag beschließt am 23. Februar über den Wahltermin

Der Reichstag ist nun endgültig für den 23 Februar, nachmittags 3 Uhr, einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht lediglich „Beschlußfassung über den Wahltag für die Wahl des Reichspräsidenten". Als Grundlage der Beratung für den Reichstag dient das Schreiben des Reichsinnenministers Gröner, worin dieser namens der Reichsregierung für den ersten Wahlgang den 13. März und für den zweiten Wahlgang den 10. April vorschlägt. Ein Beschluß über den zweiten Wahlgang ist zwar erst erforderlich, wenn die Notwendigkeit des zweiten Wahlgangs feststeht. Minister Gröner empfiehlt jedoch dem Reichstag, vorsorglich schon jetzt einen Eventualbeschluß über den zweiten Wahlgang zu fassen, wie dies auch bei der Reichspräsidentenwahl 1925 geschehen sei.

Parteiblätterstimmen

Die „Deutsche Zeitung" spricht von einem Kampf, der der nationalen Opposition gegen ihren Willen aufgezwungen werde. Sie werde ihn führen mit der Achtung, die dem geschichtlichen Namen des heute von den Gegnern zur Wahl gestellten Feldmarschalls zukomme, aber auch mit der Entschlossenheit, die die Verantwortung für die Zukunft von Volk und Vaterland erfordere. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" bedauert, daß die Wähler Hindenburgs von 1925 heute nur noch zum Teil hinter ihm stehen. Für die Deutschnationalen und den Stahlhelm bestehe jetzt die Gefahr, zwischen Hitler und Hindenburg aufgerieben zu werden. Was Hindenburg erstrebt habe, Geschlossenheit der Nation und Beruhigung der innerpolitischen Kämpfe, werde nicht eintreten. Deutschland ginge im Gegenteil einer Verschärfung der Auseinandersetzungen entgegen. Das „Berliner Tageblatt", das Hindenburg den „Volkskandidaten" nennt, fordert, daß bei dieser Wahl der Parteigeist und der Hader um die Reichsregierung schweigen sollen. Eine Wahl Hindenburgs sei keine Entscheidung für Brüning; es sei die Wahl des Mannes, in dem Ehre, Vaterlandsliebe und Treue vereinigt seien. Die „Vossische Zeitung" nennt die Kundgebung ein „wahrhaft historisches Dokument", in dessen Mittelpunkt das Wort „Pflicht" stehe. Das Blatt schreibt, wir erwarten von Hindenburg nichts für unsere Parteiziele. Wir halten es recht und schlecht für unsere Pflicht, die Hand zu ergreifen, die allen Deutschen, die guten Willens sind, entgegengestreckt. Der „Börsencourier" sieht in dem „aufopfernden Entschluß" eine Vereinfachung der Lage in der einzigen angemessenen Weise für oder gegen Hindenburg, für oder gegen die außenpolitische Einheitsfront, gegen oder für eine neue, überflüssige, in ihren Wirkungen unabmeßbare Krise. Die „Deutsche Tageszeitung" schreibt, auf der Rechten liegt jetzt die ungeheure Verantwortung, ob ein Hindenburg zum Kandidaten der Linken gestempelt werden soll. Möge sie diesen Umstand bei ihren weiteren Erwägungen wohl im Auge behalten. Der „Lokalanzeiger" und die „Nachtausgabe" bringen noch keine Kommentare zur Hindenburg-Erklärung. Sie bezeichnen es lediglich als bemerkenswert, daß in dieser Erklärung weder auf den Sahm-Ausschuß, noch auf die Behauptungen Bezug genommen werde, daß sich auch Kreise der Rechten für die Wiederwahl des Reichspräsidenten von Hindenburg eingesetzt hätten.

Maßnahmen gegen Kapitalflucht durch Warenkäufe

Es hat sich herausgestellt, daß in einzelnen Fällen Warenkäufe im Auslande zum Zwecke der Kapitalflucht vorgenommen werden, und zwar in der Weise, daß Einzel- oder allgemeine Genehmigungen zur Bezahlung der Wareneinfuhr erwirkt wurden, die gekaufte Ware aber im Auslande belassen und dort unter Verletzung der Devisenbestimmungen später wieder verkauft wurde, wobei der Erlös im Auslande stehen blieb. Die Devisenbewirtschaftungsstellen werden daher künftig bei der Erteilung von Genehmigungen zur Bezahlung von Wareneinfuhren die Verpflichtungserklärung verlangen, daß der Bezieher die Ware spätestens innerhalb eines Monats nach Leistung der Zahlung tatsächlich ins Inland bringt. Auch die Inhaber von allgemeinen Genehmigungen werden zu einer entsprechenden Erklärung gegenüber den Devisenbewirtschaftungsstellen veranlaßt werden.

Verlängerung der Anrufungsfrist bei Streitigkeiten über Mietsenkung

Bei der Anwendung der Verordnung über die Mietsenkung, wonach bei Streitigkeiten über die Mietsenkung bei Wohnungen in Altbauten das Mieteinigungsamt spätestens bis zum 25. Januar 1932 anzurufen ist, haben sich in der Praxis Schwierigkeiten ergeben. Deshalb wird, wie der Amtl. Preußische Pressedienst mitteilt, dem Mieter Gelegenheit gegeben, noch bis zum 1. März 1932 — und für den Fall, daß der Vermieter erst nach dem 25. Febr. 1932 seine Mitteilung macht, binnen zwei Wochen nach erfolgter Mitteilung — das Mieteinigungsamt zur endgültigen Feststellung der Miethöhe anzurufen.

Der ostasiatische Krieg

Bevorstehende Einberufung der Völkerbundsversammlung

Wie von unterrichteter Seite in Genf mitgeteilt wird, hat sich der chinesische Delegierte entschlossen, in der nächsten Ratssitzung am Dienstag die Einberufung der Völkerbundsversammlung offiziell zu beantragen. Dem Antrage Chinas muß entsprochen werden und man rechnet hier mit einem Zusammentritt der Versammlung in etwa acht bis zehn Tagen. Man hat den Eindruck, die chinesische Delegation habe die Hoffnung aufgegeben, daß das Verfahren vor dem Rat zu irgendwelchen praktischen Ergebnissen führen könne. Ob die Bundesversammlung allerdings in einem Bericht oder, wie die Chinesen erhoffen, in einer Entschließung eine moralische Verurteilung des Vorgehens der Japaner aussprechen wird, erscheint nach dem bisherigen Verlauf der Angelegenheit noch zweifelhaft.

Meldungen aus Schanghai

Pariser Blätter bringen aus Schanghai eine Erklärung des Generals Uyada, die er bei einer Pressekonferenz abgab. Er sagte: Wenn die japanischen Truppen gegenwärtig in der Gegend von Schanghai untätig bleiben, so deshalb, weil das japanische Kommando den chinesischen Truppen Zeit geben will, sich zurückzuziehen. Meine Aufgabe ist es, alles zu beseitigen, was nur irgendwie Unruhen in der Schanghaier Gegend verursachen könnte. Deshalb dränge ich auch darauf, daß die chinesischen Truppen zurückgehen, und ich hoffe, dieser Rückzug wird freiwillig erfolgen.

*

Die japanische Artillerie setzte Montag früh das Bombardement auf Tschapei fort. Mehrere Granaten explodierten dicht bei einem Blockhaus an der Grenze der internationalen Konzession, das von englischen Freiwilligen belegt war. Die Besatzung mußte das Blockhaus vorübergehend räumen.

*

Reuter meldet aus Schanghai, daß ein englischer Lehrer namens Parkes bei einer Autofahrt durch das von den Japanern besetzte Viertel angehalten und trotz ordnungsmäßiger Papiere von etwa 50 japanischen Reservisten mißhandelt worden sein soll. Ein japanischer Offizier soll schließlich für die Freilassung des Lehrers gesorgt haben.

*

Wie nach einer Reutermeldung in London verlautet, haben die Konsuln der Mächte in Schanghai neuerdings gegen die Landung japanischer Truppen und dagegen, daß diese die internationale Konzessionszone als Operationsbasis benutzen, Einspruch erhoben.

Ausgabe japanischer Schatzscheine zur Kriegskostendeckung

Aus Tokio wird gemeldet: Ein kaiserlicher Erlaß ermächtigt das Schatzamt, Schatzscheine für eine Gesamtsumme von 34 Millionen Yen zur Deckung der Kosten der Schanghaier Operationen auszugeben.

Der deutsche Außenhandel im Januar 1932

Im Monat Januar betrug die tatsächliche Einfuhr (alle Ziffern in Millionen RM.) 425,5. Sie ist gegenüber dem Vormonat um 65,0 zurückgegangen, was sich zunächst durch das weitere Absinken der Preise erklärt. Die Ausfuhr hat sich von 708,0 im Dezember (ausgewiesen 738,0, d. h. ausschließlich 30,0 nachträgliche Sammelanschreibungen) auf 542,0 im Januar vermindert. Davon betragen Reparationssachlieferungen 12,0 (26,0). Für die Gesamtausfuhr ergibt sich demnach ein Ausfuhrrückgang um 166,0, woran die Fertigwaren mit 143,0 beteiligt sind. Dem Werte nach beträgt die Abnahme der Ausfuhr 23 Prozent. Der mengenmäßige Rückgang ist etwas geringer, er ist durch die hemmenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen im internationalen Warenaustausch bedingt. Die Handelsbilanz zeigt im Januar einen tatsächlichen Ausfuhrüberschuß von 105,0; einschließlich der Reparationssachlieferungen ist die Handelsbilanz mit 117,0 tatsächlich aktiv (gegenüber 218,0 im Dezember bei Absetzung der damaligen Sammelanschreibungen).

Reichskanzler Dr. Brüning

über Deutschlands Abrüstungs-Forderungen und Deutschlands innerpolitische Auseinandersetzungen

Reichskanzler Dr. Brüning hat einem Vertreter der National Broadcasting Company folgendes Interview gegeben, das durch den amerikanischen Rundfunk verbreitet wurde:

Auf die Frage,

in welchem Umfang Deutschland abgerüstet

ist, erwiderte der Reichskanzler:

Deutschland hat die durchgreifenden und sehr ins einzelne gehenden Bestimmungen des Teiles 5 des Versailler Vertrages über seine Entwaffnung durchgeführt, seine Armee ist auf 100 000 Mann beschränkt, die entscheidendsten Waffen moderner Kriegsführung, die andere Staaten als selbstverständlichen Teil ihrer Rüstungen betrachten, die schwere Artillerie, Tanks und jede militärische Luftrüstung sind Deutschland verboten. Alle Befestigungen an der deutschen Westgrenze sind zerstört. Jegliche Mobilmachungsvorbereitungen, militärischer oder sonstiger Art, sind Deutschland verboten. Die Bewaffnung seines Heeres ist ihm bis ins einzelne vorgeschrieben. Die Auslieferung und Zerstörung des vor und während des Weltkrieges entstandenen Materials an Flugzeugen, Geschützen, Maschinengewehren, Handfeuerwaffen usw. ist in Zehntausenden von Kontrollbesuchen in allen Teilen des Landes aufs schärfste durchgeführt worden. Die letzten Mitglieder dieser Kommission haben Deutschland erst im Jahre 1927 verlassen, und die Durchführung der Entwaffnungsbestimmungen wurden damit anerkannt. Beim Eintritt Deutschlands in den Völkerbund im Jahre 1926 wurde festgestellt, daß Deutschland seinen Entwaffnungsverpflichtungen nachgekommen sei.

Deutschland ist entwaffnet, darüber kann gar kein Zweifel bestehen. Wenn hin und wieder in der Presse gegenteilige Meldungen auftauchen, so kommen sie von interessierter Seite, u. a. von der Rüstungsindustrie des Auslandes,

die mit Meldungen über angebliche deutsche Geheimrüstungen Stimmung gegen die Durchführung der allgemeinen Abrüstung zu machen sucht. Wie die Dinge heute liegen, verhalten sich

die militärischen Kräfte beispielsweise Deutschland und Frankreich für den Kriegsfall etwa wie 1 : 50.

Von einer militärischen Sicherheit Deutschlands gegenüber anderen Staaten kann heute keine Rede mehr sein. Die militärischen Kräfte Deutschlands bilden nicht einmal mehr einen ausreichenden Grenzschutz gegen den Angriff eines oder mehrerer seiner hochgerüsteten Nachbarn. Deutschlands Wehrlosigkeit ist besonders offenbar im Luftraum; zu seiner Verteidigung besitzt Deutschland überhaupt kein Mittel. Nicht nur die Flugwaffe ist ihm verboten, sondern auch jegliche Flugabwehr von der Erde aus. Im Kriegsfalle würden die Städte Deutschlands ohne jeden Schutz den Gas-, Brand- und Explosivbomben der gegnerischen Flugzeuge ausgesetzt sein. Sie werden mir zugeben, daß das eine unhaltbare Situation ist, die das deutsche Volk mit größter Besorgnis hinsichtlich seiner Sicherheit erfüllen muß. Die Forderung auf gleiche Sicherheit mit den anderen Völkern, die ich in meiner Rede auf der Abrüstungskonferenz in Genf kürzlich mit aller Deutlichkeit ausgesprochen habe, ist deshalb eine ganz selbstverständliche Forderung aus den tatsächlich bestehenden Verhältnissen.

Zu der Frage, was Deutschland genau unter dem Worte

„Gleichheit"

in seinen Erörterungen über die Abrüstung verstehe, führte Dr. Brüning aus:

Wenn wir auf der Abrüstungskonferenz den Anspruch auf Gleichberechtigung und gleiche Sicherheit erheben, so verstehen wir darunter, daß

der Zustand einseitiger deutscher Entwaffnung und damit deutscher Unsicherheit aufhören soll.

Präsident Wilson, der in dem vierten seiner 14 Punkte die allgemeine Abrüstung forderte und für deren Durchführung beim Friedensschluß lang gekämpft hat, erstrebte eine allgemeine und gleichmäßige Entwaffnung für alle Völker als Sicherheitsmittel gegen weitere Kriege. Nur die allgemeine, nicht eine einseitige Entwaffnung ist sinnvoll und gerecht. Wenn nur einem einzelnen Lande eine so weitgehende Abrüstung auferlegt wird, wie die, die Deutschland vollzogen hat, so wird Deutschland in einen Zustand entehrender Disqualifizierung versetzt. Das deutsche Volk, besonders die deutsche Jugend, fühlt diesen Zustand der Disqualifizierung sehr tief, und ein Teil der politischen Unruhe in Deutschland hat in ihr ihren Ursprung. Das deutsche Volk und insbesondere die deutsche Jugend versteht es nicht, daß in Deutschland vieles von dem, was in den anderen Ländern heute noch als höchste Erfüllung nationaler Pflicht angesehen wird, dem deutschen Volk verboten ist.

Dieses Messen mit zweierlei Maß wird in Deutschland als empörend, als höchst ungerecht empfunden.

Es gibt gegen diese Empfindung schlechterdings nur ein Mittel, die Aufhebung der Disqualifizierung, in die Deutschland durch seine einseitige Entwaffnung versetzt worden ist. Das meinen wir, wenn wir von Gleichberechtigung sprechen. Wir wollen diese Gleichberechtigung aber nicht dadurch erreichen, daß wir dem Rüstungswettlauf anderer Staaten folgen, sondern dadurch, daß die Rüstungsbeschränkungen, die wir auf uns genommen haben, auch bei ihnen sinngemäß zur Anwendung kommen.

Wir glauben, daß der Friede und der Fortschritt in der Welt am besten durch allgemeine Abrüstung, etwa auf unseren Stand, gesichert werden können.

Die Vereinigten Staaten, die trotz der Größe ihres Territoriums und der hohen Ziffer ihrer Bevölkerung ein relativ kleines Landheer besitzen, geben nach dieser Richtung anderen Staaten ein eindrucksvolles und nachahmungswürdiges Beispiel.

In seiner dritten Frage stellt der Fragesteller fest, daß

unzweifelhaft eine Disqualifizierung Deutschlands

hinsichtlich seiner Wehrmacht besteht. Deutschland habe seine natürliche Abneigung gegen diese Disqualifizierung der Welt klar gemacht. Verlange Deutschland die vollständige Aufgabe dieser Disqualifizierung als eine grundlegende Bedingung seiner Unterschrift unter den künftigen Abrüstungsvertrag?

Dr. Brüning: Die Disqualifizierung Deutschlands in der Abrüstungsfrage ist so unzweifelhaft, daß

die Abrüstung der übrigen Staaten zu einer selbstverständlichen Forderung internationaler Gerechtigkeit

wird. Deutschland ist als gleichberechtigtes Mitglied in den Völkerbund eingetreten. Es sitzt als permanentes Ratsmitglied im Völkerbundsrat. Die allgemeine Abrüstungskonferenz ist vom Völkerbund einberufen worden, um nach Artikel 8 der Völkerbundssatzung die Durchführung der allgemeinen Abrüstung festzulegen. Wenn man die durch die einseitige deutsche Entwaffnung herbeigeführte Diskriminierung Deutschlands aufrecht erhalten wollte, würde man die Frage seiner Gleichberechtigung im Völkerbund aufrollen und darüber hinaus eine Grundfrage des Völkerrechts überhaupt in Zweifel setzen. Sie sehen, die moralische Position Deutschlands auf der allgemeinen Abrüstungskonferenz ist stark und wohlfundiert.

Wir könnten kein Abrüstungsabkommen unterschreiben, das dem Anspruch auf Gleichberechtigung auch hinsichtlich der Methoden der Rüstungsbeschränkung nicht Rechnung tragen würde.

Wir haben keineswegs die Absicht, durch übertriebene Forderungen einen positiven Ausgang der Konferenz in Frage zu stellen. Eines muß ich aber noch einmal mit aller Deutlichkeit feststellen: Wir wollen die Gleichberechtigung Deutschlands und die Beseitigung seiner Disqualifizierung dadurch, daß die anderen grundsätzlich die gleichen Verpflichtungen übernehmen, wie sie auf uns ruhen, d. h. durch einschneidende Abrüstungsmaßnahmen der noch nicht abgerüsteten Staaten.

Auf die weitere Frage, wie sich Deutschland zur

Frage der Internationalisierung der Rüstungen

stelle, erklärte der Reichskanzler:

Ich brauche Ihnen nicht zu versichern, daß Deutschland zu jeder ehrlichen Zusammenarbeit unter den Völkern, die dem Frieden und dem Fortschritt dient, bereit ist. Deutschland hat das in der Nachkriegszeit durch seinen Eintritt in den Völkerbund, den Locarno-Pakt, seine vorbehaltlose und rasche Zustimmung zum Kellogg-Pakt und vieles andere immer wieder bewiesen. Es wird auch in Zukunft jede ehrliche Initiative dieser Art sicherlich unterstützen. Was die Frage der Internationalisierung der nationalen Rüstungen angeht, so weiß ich nicht, wie ich dazu überhaupt Stellung nehmen soll, solange nicht die grundlegende Vorfrage, wie wesentliche Verminderung des allgemeinen Rüstungsniveaus und die Beseitigung der heute bestehenden Ungleichheit gesichert ist.

Das Ziel der Abrüstungskonferenz ist die Herabsetzung der Rüstungen, nicht deren Internationalisierung,

die an sich ja keine Verminderung bedeuten würde. Die hochgerüsteten Staaten haben zunächst die Aufgabe und Pflicht, ihre Rüstungen einschneidend zu vermindern. Die Angriffswaffen, besonders die Luftwaffen, deren fortschreitende Destruktivwirkung eine unausdehnbare Gefahr für die Nichtkombattanten sind und eine inhumane Verrohung der Kampfmittel bedeuten, müssen überhaupt in weitestgehendem Maße zurückgedrängt bzw. beseitigt werden. Diese gefährlichen und kostspieligen Waffen dem Völkerbund zur Verfügung zu stellen, scheint mir weder praktisch richtig, noch den idealen Friedenszielen des Völkerbundes zu entsprechen.

Ob die Waffen den einzelnen Staaten oder formell oder tatsächlich dem Völkerbund gehören, ist für das Rüstungsniveau und für die Last der Steuerzahler so ziemlich dasselbe.

In seiner fünften und letzten Frage kam der Fragesteller auf

die innerpolitischen Streitigkeiten

und die damit verbundenen

Schwierigkeiten für Kapitalanlagen

in Deutschland zu sprechen. Er fragte: Welches sind die Aussichten für politisch und wirtschaftlich stabile Verhältnisse in Deutschland?

Auch auf diese Frage, erklärte Dr. Brüning, will ich Ihnen mit voller Offenheit antworten.

Die innerpolitischen Kämpfe in Deutschland sind in ihren äußeren Formen zwar sehr hart

Diese Schärfe darf aber nicht übersehen lassen, daß trotz vielem Trennenden

auch unbestreitbare Gemeinsamkeiten

bestehen. In den beiden entscheidenden außenpolitischen Fragen der Gegenwart, der Abrüstungsfrage und der Reparationsfrage, herrschen im deutschen Volk einheitliche Auffassungen. Die Forderung der Gleichberechtigung und der gleichen Sicherheit wird vom ganzen deutschen Volke geteilt. Jede deutsche Regierung wird diese Forderungen vertreten müssen.

Daß der Streit der Parteien über die Wege, die unsere Politik zu gehen hat, heute in Deutschland vielleicht schärfer ist als in manchen anderen Ländern, ist eine Folge der schweren Not, die auf Deutschland lastet und die Volkspsyche aufs tiefste aufwühlt.

Diese seelische Depression und die sich aus ihr ergebenden Wirkungen werden in dem Augenblick verschwunden sein, wenn die verantwortlichen Staatsmänner in der Abrüstungsfrage und in den Fragen der Wirtschaftskrise zu schnellen und ganzen Entschlüssen kommen. Diesem Wunsch habe ich auf der Tribüne des Völkerbundes Ausdruck gegeben, und diesen Wunsch will ich hier wiederholen, wo ich die Ehre habe, zu dem mächtigen und für große Ideen stets aufnahmebereiten amerikanischen Volke zu sprechen.

Das Winterhilfswerk

Der Generalsekretär der Deutschen Liga der freien Wohlfahrtspflege, Regierungsrat a. D. Dr. Vöhringer, berichtete über den Stand des Winterhilfswerkes 1931-32. Er wies darauf hin, daß seit dem Beginn des Winterhilfswerkes

69 Millionen Kilogramm Liebesgaben

frachtfrei auf der Reichsbahn befördert wurden und daß somit die Reichsbahn auf rund 500 000 RM. Frachtgebühren verzichtet habe. Wenn man die gesamte Menge an Liebesgaben in einen Güterzug verladen würde, würde man eine Zuglänge von 51 Klm. erhalten.

Der Wert der Gaben

ist nach vorsichtiger Schätzung unter Zugrundelegung der Großhandelspreise am Verbraucherort auf

etwa drei Millionen Reichsmark

zu beziffern. Diesen Zahlen sind aber noch die Erträgnisse aller jener Sammlungen zuzuzählen, die in den verschiedenen Bezirken und Städten gesammelt und an Ort und Stelle verbraucht wurden und deren Erträge sich heute noch nicht entfernt ergeben lassen. Dr. Vöhringer verwies besonders auf die Sammelspende der deutschen Zuckerindustrie in der Höhe von 8000 Zentner Verbrauchszucker und auf die Hilfsarbeit für die deutschen Not- und Elendsgebiete, für die in den letzten Tagen erst 60 000 RM. aus Spenden, die vom Deutschtum im Auslande aufgebracht wurden, frei gemacht worden seien. Er betonte, daß die bisherigen Ergebnisse, so sehr sie auch von einem ungebrochenen Opferwillen zeugten, nicht ausreichten, um die Millionen von Hilfsbedürftigen über das letzte und schwerste Drittel dieses Winters zu bringen. Es gelte noch einmal alle Kräfte zusammenzufassen, um die schlimmste Not zu lindern.

Die Abrüstungskonferenz

Die Aussprache geht weiter

Der türkische Außenminister Tewfik-Ruschdi-Bey

erklärte auf der Abrüstungskonferenz, die französischen Vorschläge seien insoweit interessant, als sie zur Internationalisierung des Militärwesens, das heißt zur Abschaffung der nationalen Armeen, die die beste Förderung der Abrüstung bedeute, führen könnten. Dadurch würden die Sonderbündnisse hinfällig, und es würde nur noch ein einziges Bündnis der Kulturwelt gegen den Krieg bestehen. Die Vorschläge über Verbote bestimmter Waffen würden von der Türkei befürwortet, ja die Türkei trete sogar dafür ein, daß nicht nur die Verwendung, sondern auch die Produktion solcher Waffen unmöglich gemacht werde.

Der norwegische Delegierte Colban

erklärte, die Beschränkung der Haushaltsausgaben für militärische Zwecke müsse mit einer direkten Beschränkung des Personals und des Materials Hand in Hand gehen. Der Vorschlag einer internationalen Armee sei nicht durchführbar ohne eine starke Verminderung der nationalen Rüstungen.

Der portugiesische Außenminister Branco

kündigte den Beitritt seines Landes zur Generalakte über die Schiedsgerichtsbarkeit an. Portugal mit seinen ausgedehnten Grenzen und seinen Kolonien in der ganzen Welt habe sein Heer und seine Marine bereits auf das Mindestmaß herabgesetzt. Im übrigen sprach der Vertreter Portugals sein Einverständnis mit dem Konventionsentwurf und den Vorschlägen für das Verbot bestimmter Waffen aus.

Der holländische Außenminister Belaerts van Blookland

übte scharfe Kritik an dem Konventionsentwurf. Er forderte ein uneingeschränktes Verbot der schweren Angriffswaffen und gab der Hoffnung Ausdruck, daß man zu einem Verbot der automatischen Treibminen kommen werde. Zu dem französischen Vorschlag einer internationalen Polizei bemerkte der Redner, daß solche Ideen schon früher aufgetaucht, aber an der Unmöglichkeit ihrer Verwirklichung gescheitert seien. Der Redner erhielt von der Versammlung starken Beifall.

Darauf wurde die Aussprache auf Dienstag vertagt.

Starke Bedenken gegen die französischen Abrüstungsvorschläge

Aus Berlin wird gemeldet: Die Aussicht, die Generaldiskussion der Abrüstungskonferenz in dieser Woche zu beenden, ist durch die zu erwartenden Erwiderungen auf die deutschen Vorschläge unsicher geworden.

Das Schicksal der französischen Vorschläge ist im Augenblick noch ganz ungewiß. Fest steht nur, daß auch unter denjenigen Staaten, die der französischen Auffassung besonders nahestehen, starke Bedenken gegen die Grundzüge dieser Vorschläge, insbesondere gegen die internationale Armee, hervortreten.

Unterbrechung der Konferenz?

Ueber die Wirkungen des erwarteten Antrages der chinesischen Delegation auf Einberufung einer außerordentlichen Völkerbundsversammlung wird das „Journal de Geneve" berichten können, daß während der Dauer dieser Versammlung die Arbeiten der Abrüstungskonferenz unterbrochen würden. Diese Ankündigung muß mit allem Vorbehalt aufgenommen werden, da für diese Unterbrechung der Abrüstungsarbeiten weder ein sachlicher, noch ein technischer Grund ersichtlich wäre.

---

5. Klasse 38. Preußisch-Süddeutsche (264. Preuß.) Staats-Lotterie

Gewinn-Auszug

Ohne Gewähr — Nachdruck verboten

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

5. Ziehungstag — 13. Februar 1932

In der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

2 Gewinne zu 10000 M. 374684
14 Gewinne zu 5000 M. 36170 70858 206662 212088 218080 238994 257317
6 Gewinne zu 3000 M. 34240 106400 383454
44 Gewinne zu 2000 M. 25088 38365 40440 106158 106644 108427 109224 112852 119743 126086 155308 188531 189737 190364 198957 248330 264699 278660 304011 342783 375493 379279
116 Gewinne zu 1000 M. 6224 10864 32325 36515 37738 40164 43901 62360 64466 70433 75432 89889 96276 101394 114614 139001 142896 145567 145716 162707 165377 175447 178998 184804 185147 189854 207236 207767 223004 227620 229996 230645 234512 243252 249502 271231 277421 287771 293312 299934 307799 318382 320962 322257 326747 326830 335790 336236 346039 358257 366843 374235 378319 386672 388826 391008 394899 396472
166 Gewinne zu 500 M. 1678 6547 7475 11559 37443 38562 41523 44667 46519 48220 50220 60234 62111 78496 80335 92698 95734 95830 95861 106092 106405 114943 118168 120234 120579 132830 140287 154046 159340 162301 173845 175360 175773 183780 189550 191293 192157 199568 208231 215255 217052 219832 221466 233356 235858 235946 241162 244727 246030 246135 250727 254603 259053 263816 264653 273207 273458 276409 278260 279784 285053 293555 294407 300622 302473 316774 328364 337400 346791 348959 350133 350689 352417 364117 367392 369597 370665 379006 379287 379931 382672 389025 397929

In der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

6 Gewinne zu 10000 M. 3736 193623 332770
8 Gewinne zu 5000 M. 38386 49340 81122 81859
22 Gewinne zu 3000 M. 5476 38320 145862 156149 191676 199893 234685 238590 300688 322380 387164
52 Gewinne zu 2000 M. 29218 31610 32752 35362 37853 45174 99123 111763 139902 149134 169186 171801 189156 193629 198815 236948 238323 239835 247613 256513 261798 282332 286441 319269 385091 395797
94 Gewinne zu 1000 M. 2000 8572 11726 23851 27240 30546 48972 55730 57954 63838 68652 78156 81638 95363 96192 107851 117446 125020 127646 130581 175757 176634 184883 194775 196852 199487 206335 209437 243844 252925 259723 279710 285691 292554 294485 299292 300887 316920 322869 328066 330651 351024 373314 373433 386429 393451 396006
176 Gewinne zu 500 M. 2160 2965 5723 9088 9416 13843 13996 17700 20450 21547 25161 27788 28606 32323 37077 42843 44456 47522 49748 53519 65489 67644 70828 75668 77396 80301 81796 86644 93386 95801 101631 104672 111576 120539 123631 127569 153908 163194 163529 171799 175957 180284 192811 201688 203302 209637 210800 212051 220282 226865 230929 237091 240458 242052 249947 250881 253533 258236 261503 269662 279705 284098 284207 289880 300670 305093 313615 317644 327898 328146 328242 335845 339054 346820 348222 359294 361415 362399 367621 368768 370599 371934 378761 379175 386354 386459 398478 399318

Im Gewinnrade verblieben: 2 Prämien zu je 500000, 2 Gewinne zu je 500000, 2 zu je 300000, 2 zu je 200000, 4 zu je 100000, 6 zu je 75000, 10 zu je 50000, 24 zu je 25000, 154 zu je 10000, 416 zu je 5000, 818 zu je 3000, 2452 zu je 2000, 4279 zu je 1000, 8168 zu je 500, 24516 zu je 400 M.

Nr. 39 Zweites Blatt **Soester Kreisblatt** Dienstag, den 16. Februar 1932

Aus der Stadt

Professor Dr. Wilhelm Niemöller!

zu seinem 70. Geburtstage.

Der langjährige Lehrer und stellvertretende Direktor des hiesigen Archi-Gymnasiums, Professor Dr. Wilhelm Niemöller, kann an seinem diesjährigen Geburtstage auf 7 Jahrzehnte eines an Mühe und Arbeit, aber auch an schönsten Erfolgen reichen Lebens mit Stolz und Freude zurückblicken.

Professor Dr. Niemöller, geboren in Wersen (Kreis Tecklenburg), als Sohn eines Lehrers, der bei seinem Tode 1873 sieben unmündige Kinder hinterließ, lernte schon in seinen jungen Jahren den Ernst des Lebens kennen. Nach dem Besuche der Volksschule in Wersen, der Rektoratschule in Ibbenbüren und von Ostern 1873 an der Landesschule Schulpforte, bestand er dort Ostern 1883 das Abiturium. Dann besuchte er die Universitäten Leipzig 1883 bis 1884) und Halle (1884 bis Herbst 1887) und studierte dort Philologie, hauptsächlich alte Sprachen, deutsche Geschichte und Religion. Seine Doktorarbeit über „Lateinische Pronomina" machte er in Halle. Während seiner aktiven Dienstzeit beim Ostfriesischen Infanterie-Regiment Nr. 78 in Osnabrück nahm er Urlaub, fuhr nach Halle und machte daselbst sein Staatsexamen. Am 1. 12. 1888 begann sein Probejahr am Archi-Gymnasium in Soest. Dort wurde er auch anschließend bis zum 25. 4. 1891 beschäftigt. Am 28. 4. 1891 kam er als Hilfslehrer nach Remscheid und wurde Ostern 1893 Oberlehrer daselbst. Aber schon im Herbst desselben Jahres wurde Professor Dr. Niemöller in eine inzwischen freigewordene Stelle ans Soester Archi-Gymnasium berufen. Segensreich als Lehrer und in den letzten Jahren auch als stellvertretender Direktor hat er hier bis zur Erreichung der Altersgrenze, Ostern 1927, mit größtem Erfolge gewirkt.

Aber auch nach seiner Pensionierung hat er immer wieder ausgeholfen, wenn an den Schulen Lehrkräfte fehlten und die Herzen der Jugend in immer stärkerem Maße gewonnen. Besondere Verehrung genoß er auch am Städtischen Oberlyzeum. Hier hat er mehrere Jahre hindurch den Lateinunterricht erteilt.

Tausende seiner alten Schüler und nun auch Schülerinnen gedenken an dem heutigen Tage voller Dankbarkeit ihres ehemaligen beliebten Lehrers, väterlichen Freundes und Beraters. Herr Professor Dr. Niemöller ist ein lebender Beweis dafür, daß eine warmherzige u. überzeugungstreue Persönlichkeit immer das Herz der Jugend besitzt.

Neben seiner amtlichen Tätigkeit hat Professor Dr. Niemöller sich besonders große Verdienste auf dem Gebiete der evangelischen Kirchenpflege erworben. Sein Haupttätigkeitsfeld war der Soester Petri - Männerverein; seit Gründung desselben ist er dessen Vorsitzender. Ferner ist er langjähriger Presbyter, Mitglied der Provinzial-Synode, 2. Vorsitzender der evangelischen Akademiker, Vorstandsmitglied des evangelischen Bundes, Vorstandsmitglied der Kinderheilanstalt Bad Sassendorf und des Evangelischen Alumnats in Soest u. a. m. Seine Tätigkeit auf allen diesen Gebieten kann nicht im Rahmen dieses Artikels erschöpfend behandelt werden. Alle diese Aemter brachten es mit sich, daß er durch seine Gabe, humorvoll und volkstümlich zu reden, der Sache dienen konnte.

Es war ihm ein Herzensbedürfnis, seine vaterländische Gesinnung zu bekennen und zu betätigen. Seine nationale Arbeit leistete er zunächst im Rahmen der Konservativen Partei. Seine ganze Liebe übertrug er dann von 1919 ab auf die Deutschnationale Volkspartei. Man räumte ihm gern eine führende Stelle ein. Er hat seit 1919 den Vorsitz der Ortsgruppe und des Kreisvereins Soest inne und gehört dem Vorstande des Landesverbandes Westfalen-Süd der Deutschnationalen Volkspartei an. Aus Anlaß seines 70. Geburtstages wird sich ein großer Kreis nationaler Männer und Frauen ihrer herzlichen Verbundenheit mit ihrem treuen Führer bewußt. Die Gedanken wandern zum Nöttentor. Möge Gott ihn freundlich geleiten. ad multos annos.

Die Glückwünsche der Partei.

Vom Landesverband Arnsberg der Deutschnationalen Volkspartei erhielt Herr Professor Dr. Niemöller folgendes Glückwunschtelegramm:

Hagen (Westf.), Marienstraße 13, den 16. Februar 1932.

Herrn Professor Dr. Niemöller, Soest.

Die Deutschnationale Volkspartei, Landesverband Arnsberg, sendet dem alten Vorkämpfer der nationalen Sache, dem langjährigen Führer von Ortsgruppe und Kreisverein Soest zu seinem 70. Geburtstage die allerherzlichsten Glückwünsche. Möge Ihr neues Lebensjahr die Erfüllung Ihrer Wünsche für Deutschland bringen.

Dr. Ende,
Landesverbandsvorsitzender".

?:? **Der Artillerie-Verein** teilt uns mit, daß er sein Vereinslokal nach dem Zentral-Hotel verlegt. — Bericht folgt.

?:? **Offener Singabend in der Oberrealschule.** Der Singabend für Erwerbslose und Jugendliche findet am Dienstag abend um 8 Uhr statt.

Motorsport im Film

Der Automobil- und Motorradklub Soest und Umgegend veranstaltete am Sonntag vormittag für alle Soester Motorsportfreunde in der „Lichtburg" einige ausgezeichnete „Rennen", denen nur eine größere Zuschauerzahl zu gönnen gewesen wäre. Diese Filme sollen den Anhängern des Motors, die keine Gelegenheit haben, den deutschen und ausländischen Rennen beizuwohnen, die Schönheiten einer Renn oder Tourenfahrt vor Augen führen. Nicht nur Motorräder und Autos werden vorgeführt, sondern auch die herrlichsten Landschaftsbilder werden auf diesen Fahrten geboten. Zuerst ging es am Sonntag morgen zum Oberjochrennen im Allgäu, wo auf der gefahrlichen, aber interessanten Rennbahn vorzügliche Sportleistungen gezeigt wurden. Welch krasser Gegensatz zeigte sich im Startdörflein Hindelang, wo durch die Straßen lange Reihen der Viehherden zogen, die unter dem Geläut der Glöcklein zu ihren Futterplätzen geführt wurden. Sie störte kein Verkehr in ihrer behaglichen Ruhe. Demgegenüber das Summen und Knattern der Motore, das hastige Jagen nach dem lockenden Ziel! Zu diesen verschiedenen Bildern das wunderbare Landschaftsbild, das sich in seiner bezaubernden Schönheit dem Alten und Neuen anpaßte.

Der zweite Film führte zum Nürburgring und zeigte ein im Jahre 1928 stattgefundenes Rennen. Auf dieser internationalen Rennbahn gaben sich bereits mehreremale die besten Rennfahrer der Welt ihr Stelldichein und kämpften erbittert um den Sieg. Zehntausende standen hier schon und bildeten unter fieberhafter Spannung Spalier, um die nervenanreizenden Ereignisse zu verfolgen. Der Film zeigt die lange, breite Strecke mit ihren starken Kurven, wo die Fahrer unter letzter Nervenanspannung um jede Sekunde erbittert kämpfen. Da scheinen die Motorräder und Wagen nicht mehr zu fahren, sondern fliegen wie ein Blitz dahin. Die Menschenmenge und die Rennen selbst verlangen eine bis in Kleinigkeiten genau ausgearbeitete und erprobte Organisation, um das Rennen flott und ohne Unfälle abzuwickeln. Wie diese Organisation vor sich geht, welche ungeheure Arbeit und Verantwortung sie von den Veranstaltern verlangt, zeigte der technisch und anschaulich gut hergestellte Film in bestens gelungenen Bildern. Die Zuschauer bekamen einen vortrefflichen Einblick in Rennen und Organisation.

Als den schönsten Film, der vorgeführt wurde, kann man den Film „Der große Preis von Deutschland auf dem Nürburgring" bezeichnen. Die Fahrt geht von Augsburg aus bis zur 1. Etappe nach St. Moritz, dann nach Como und Mailand. Die wunderschönen Geschenke der Natur, die den Fahrern geboten wurden, in ihrer Herrlichkeit und tausendfältigen Pracht zu beschreiben, ist kaum möglich. Ein Bild löste das andere ab. Neben diesen das Auge einfangenden Landschaftsbildern hatten die Fahrer aber harte und oft zähe, fast unüberwindbare Arbeit zu leisten. In St. Remo wurde zu Ehren der deutschen Fahrer ein Blumenkorso veranstaltet, der in seiner Ausstattung und Farbenfreudigkeit wohl nur selten zu sehen sein wird. Es wurden Dampferfahrten und Besichtigungen von Sehenswürdigkeiten unternommen, die den Teilnehmern der Fahrt unvergeßliche Eindrücke einprägten. Wie der Empfang so herrlich war auch der Abschied: mit Blumen wurden die Deutschen überschüttet und jubelnd begrüßt. Von besonderem Interesse war für die Fahrtteilnehmer noch die Besichtigung der Fiatwerke, die ob ihrer vollendeten technischen Ausstattung und modernsten Einrichtung Bewunderung hervorriefen. Schließlich gelangten die Fahrer nach Monte Carlo, das ebenfalls reich an Sehenswürdigkeiten ist. Die Rückfahrt gestaltete sich schwieriger: Es ging über Pässe und durch Tunnels, die wiederum an die Leistungsfähigkeit der Fahrer besondere Anforderungen stellten. Ringsherum aber tauchten die Landschaftsbilder in ihrer ganzen Größe wieder auf und begleiteten die Deutschlandfahrer bis zum Endziel in Innsbruck. Den Besuchern der „Lichtburg" wurde mit den Filmen ein herrlicher Genuß geboten, der nur ein größeres Publikum verdient gehabt hätte.

Konzert der Vereinigten Männerchöre

Die Vereinigten Männerchöre von Soest hatten sich in den guten Dienst der Winternothilfe gestellt und am Sonntag nachmittag in den Schützenhof zu einem Konzert eingeladen. Viele Besucher hatten trotz des schönen und ins Freie lockenden Wetters diesem Rufe Folge geleistet. Man trat den Vereinigten Männerchören mit offener Sympathie entgegen, da sie in ihrer Zusammenarbeit endlich einen versprechenden Weg heraus aus der lähmenden Zersplitterung des hiesigen Vereinswesens beschritten hatten. Und daß in dieser Zusammenfassung bisher viel geleistet worden ist, stand im Konzert unter Beweis. Ihnen zur Seite trat ein Orchester unter der Leitung von Herrn Schmitt, das den Kranz der Chöre in angenehmer und belebender Weise unterbrach.

Die Auswahl der Chöre stand ganz im Banne des Ernsten, oft Wehmütigen, Feierlichen, Religiösen, an und für sich begrüßenswert, aber bei der Art des Unternehmens ein wenig fraglich. Nicht ein einziges fröhliches Lied — ganz zu schweigen von Scherz und Heiterkeit — hellte diese getragene und erhabene Stimmung auf. Insofern kam ein großer Teil der Besucher, die in dieser trüben Zeit auch der Aufheiterung und Freude bedürfen, nicht auf seine Kosten. Hatte man — wie unten gezeigt — auf den Publikumsgeschmack Rücksicht genommen, so hätte besonders dies psychologische Moment beachtet werden müssen.

Die Blüte des Männergesangs scheint in unserer heutigen Zeit leider ziemlich vorüber zu sein, nachdem er als Liedertafel unter Zelter, Schulz, Reichardt usw. und in weiterführender Form im 19. Jahrhundert sich seine neue und seine Zeit ausfüllende Gestalt geschaffen hat. Die Vortragsfolge wies außer einigen Stücken von Mozart, Beethoven, Schubert, allenfalls Brahms und Gade, nicht nur wenig bekannte Namen auf, sondern vor allen Dingen solche, die nichts für sich Neues gestaltet, sondern bedenkenlos im Stile einer vergangenen Kunstrichtung nachgemacht haben. Die Empfindung unserer heutigen führenden Musikauffassung hat sich aber — als Ausdruck des grundlegenden Wandels aller sozialen, kulturellen und geistigen Verhältnisse durch die große Erschütterung der letzten Jahrzehnte — grundsätzlich geändert. Wir stehen einem Bach und Händel oder den mittelalterlichen Kontrapunktikern um ein bedeutendes näher als unsere Väter. Das müßte auch in der Arbeit der Vereine zum Ausdruck kommen, wie man schon z. T. in der Aufführung des Elisabeth-Hymnus von Philipps durch den Cäcilien-Verein oder der Pflege von Chören neuer Meister (Hindemith, Kaminsky u. a.) durch andere Chöre in Soest sehen konnte. Die Art der gestern gehörten Chöre ist aber auf dem Zeitempfinden von 1900 stehen geblieben und qualifiziert sich dadurch von selbst.

Unbegreiflich in diesem Zusammenhang ist, daß die Bearbeiter der Chöre nicht vor ärgsten Entstellungen der Originale zurückgeschreckt haben, wie es besonders im Isaacschen Insbruck-Lied offensichtlich wurde, wo das wunderbare polyphone Stimmengeflecht erbarmungslos in die reizlose, nüchterne senkrechte Harmonie mit kitschigen Dominantseptakkorden verfälscht wurde. Wenn die ursprüngliche Fassung zu schwer oder für den gegebenen Fall (Männerchor) nicht geeignet ist, so sollte man aus Pietät vor der wunderbaren Schönheit des Originals lieber auf eine Aufführung verzichten als zu einem Surogat greifen. Das dürfte Erziehung am Kunstsinn unseres Volkes sein.

Die Ausführung der Chöre unter der Leitung von Herrn Wilh. Kruse zeigte viel guten Willen der Ausfeilung, peinliche Sauberkeit in der technischen Handhabung, überraschende Leichtigkeit in der Tonbildung als Frucht einer monatelangen sorgfältigen Bemühung und eine im allgemeinen geschlossene Disziplin, die nicht der lauten Beschwichtigungszeichen oder des höhrbaren Taktzählens von seitens des Dirigenten bedruft hätte. Es glühte viel inneres Feuer und Temperament in den Sängern (was sich bei einem Sänger im 1. Tenor leider als Schreien auswies), die sich sicher in die wechselnden Stimmungen, oft bei schärfsten Kontrasten, einleben konnten.

Leider wurde bei der Stimmungsausdeutung zu viel des Guten getan. Es ist unmöglich, daß in einem Satz jedes einzelne Wort oder jeder kleine Sinnabschnitt seinen besonderen Stimmungswert erhält. Dabei löst man ein in sich geschlossenes Gebilde einer musikalischen Linie in einzelne Fetzen von Sensationchen auf. Welche Kraft und verkehrt bemühte Sorgfalt wird dadurch auf durchaus Nebensächliches und für die große Linie Belangloses verwandt, wie sehr arbeitet man dem inneren Gehalt des Kunstwerkes entgegen, das — wenn es wertvoll ist — auch ohne übertriebene Machenschaft eines subjektiven Ausdeutung auskommt. Die Grundstimmung geht sonst verloren, und die Handhabung der Ausdeutung wird zu leicht zur Schablone. Nach dieser Art konnte man unter Ausschaltung jeder augenblicklichen Intuition an Hand des Textes genau vorhersagen, wo ein Crescendo, ein Decrescendo usw. kam, das dann auch äußerlich vielleicht zutreffend, innerlich aber nicht immer berechtigt erschien. Die Empfindung wurde so von einem zu oftmaligen Kontrast in Effekthascherei durchgerüttelt, nicht aber durch eine künstlerische Notwendigkeit aufgerufen. Das ff wurde viel zu häufig gebraucht, wodurch z. B. in dem Lied „Feldeinsamkeit" die wunderbare Idylle des Friedens und der seligen Ruhe („von **Himmelsbläue** wundersam umwoben") gänzlich zerstört wurde. Man horchte förmlich auf, wenn ein Piano länger als vier Takte anhielt. Für jeden kultivierten Geschmack lag auch hier der Höhepunkt der Veranstaltung. Ich muß bekennen, daß ich das Brahmsche wundersame Lied „In stiller Nacht" in dieser Vollendung noch nirgendwo gehört habe. Umso mehr bedaure ich bei dieser Qualität die oben angedeutete dynamische Verzerrung.

Ob bei der offensichtlichen und befriedigten Zustimmung zu der Art der Aufführung die gemachten Einwände notwendig sind? Durchaus! In Geschmacks- und Kulturdingen entscheidet nicht die Masse, sondern das künstlerische Zeitempfinden selbst. Und das ist in seiner einfachen, sachlichen und zurückhaltenden Einstellung in der Gefühlsäußerung weit entfernt von der gestern gehörten romantisch gefärbten Stimmungsschwelgerei.

Dr. Friedrich Ruhrmann.

Hofesversammlungen

des Allgem. Bürgerschützenvereins Soest 1926 e. V.

Am vergangenen Samstag abend fanden die diesjährig. Hofesversammlungen nebst Hofeswahlen des Vereins statt, die sich trotz der schlechten Zeiten eines guten Besuches erfreuten. Sehr stark besucht waren die Versammlungen der Pauli- und Osthofe. In den einzelnen Höfen wehte schon starke Schützenfeststimmung und die Mitglieder waren sich alle darüber einig, daß, wenn die allgemeine Wirtschaftslage sich bessern sollte, auch in diesem Jahre ein Schützenfest gefeiert wird. Die Hofeswahlen ergaben folgendes Resultat: In der Paulihofe wurde der allbeliebte Hofeshauptmann Hubert Knippschild per Akklamation einstimmig wiedergewählt, ebenso der Hofesfähnrich Friedel König. Für den eine Wiederwahl ablehnenden Hofesschriftführer Sch.-Br. Strunck, wurde Sch.-Br. August Räder neugewählt. — In der Nordhofe wurden ebenfalls der Hofeshauptmann Heinrich Karrie und der Schriftführer Sch.-Br. Böke per Akklamation einstimmig wiedergewählt. — Die Wahl in der Osthofe zeitigte folgendes Bild: Auch dort wurde der allbeliebte Hauptmann Max Eisenberg einstimmig wiedergewählt u. für den eine Wiederwahl ablehnenden Sch.-Br. Langhut wurde der Sch.-Br. Karl Rizen als Hofesschriftführer neugewählt. — Ebenso wurde in der Thomähofe der „kleine" Hauptmann Heinrich Vanderminde einstimmig per Akklamation wiedergewählt und als Schriftführer der Sch.-Br. Wilke. — Nun kommt noch die Jakobihofe. Auch hier wurde der liebe Hauptmann „Heinken" Bäcker sowie der Schriftführer Franz Niggemeier per Akklamation einstimmig wiedergewählt. Den ausscheidenden Vorstandsmitgliedern wurde der Dank der Hofe für ihre Mühewaltung ausgesprochen. Sämtliche Gewählte nahmen die Wahl an. Nach Erledigung der Tagesordnung blieben die Schützenbrüder noch einige Stunden im fröhlichen Kreise beim Glase „Helles" zusammen, in dem Bewußtsein, einige frohe und genußreiche Stunden unter Kameraden verlebt zu haben. — Der Vereinsvorstand mit Majestät Alfred I. an der Spitze, ließ es sich nicht nehmen, sämtliche Hofesversammlungen zu besuchen und ermahnend an die Mitglieder zu treten, fest und treu wie bisher zum Verein zu stehen. Horrido!

★

:?: **Kreiskriegerverband Soest. — Volkstrauertag.** Wir weisen die dem Verband angeschlossenen Vereine darauf hin, daß laut Verfügung des Preuß. Ministers des Innern für den Volkstrauertag, 21. Februar 1932, der An- und Abmarsch zu Gedächtnisfeiern gestattet ist, doch muß die polizeiliche Genehmigung mindestens 3 Tage vorher eingeholt werden.

(!) **Die Arbeitsgemeinschaft der militärischen Vereine** teilt uns mit, daß am Sonntag, den 21. ds. Mts., vormittags 11,30 Uhr, eine Gefallenengedächtnisfeier am Ehrenmal auf dem Osthofenfriedhof unter Mitwirkung der der Arbeitsgemeinschaft der Männergesangvereine angeschlossenen Vereine und der Musikkapelle des Krieger- und Landwehrvereins stattfindet. Ueber den Abmarsch der militärischen Vereine folgt Bekanntmachung im Anzeigenteil der Donnerstag-Nummer dieses Blattes.

:?: **Um Personenverwechslungen** zu vermeiden, bemerken wir zu unserem gestrigen Bericht „Aus dem Gerichtssaal", daß es sich bei dem mit B. bezeichneten Schreiner um Franz Ba. von hier handelt.

)!(**Männersodalität.** Die Generalversammlung im kleinen Saale des Domhofs hatte sich eines verhältnismäßig guten Besuches zu erfreuen. Der Präfekt, Herr Postsekretär Wübbecke, eröffnete kurz nach 5 Uhr die Versammlung und gab einen Ueberblick über die Tätigkeit des vergangenen Jahres, in dem 10 Versammlungen mit 10 wertvollen Vorträgen gehalten wurden. Herr Rohe verlas die Niederschrift über das am Patronatsfeste kürzlich gefeierte 41. Stiftungsfest. Die Sodalität zählt zur Zeit 315 Mitglieder. Im vergangenen Jahr verlor sie zwei Mitglieder, die Herren Göbel und Schulte durch den Tod. Die Kassenlage ergab infolge der geringen Sterblichkeitsziffer ein Plus, von dem mit Rücksicht auf die ungünstigen Zeitverhältnisse 50 Mark dem Vinzenzverein für Unterstützungszwecke einstimmig überwiesen wurden. Herrn Ungering wurde für die exakte Kassenführung Entlastung und Dank ausgesprochen. Die ausscheidenden Vorstandsmitglieder Fessen, Rohe und Ungering wurden einstimmig wiedergewählt. Herr Propst Drehmann hielt dann einen Vortrag über Freidenkertum und Gottlosenbewegung, dem man mit gespannter Aufmerksamkeit folgte. Ueber einige Gemeindeangelegenheiten fand eine rege Aussprache statt.

)!(**„Eiserne Front".** Uns wird geschrieben: Die am Donnerstag, den 18. Februar, abends 8 Uhr stattfindende erste große öffentliche Versammlung hat den Charakter einer allgemeinen Kundgebung; jeder Bürger aus Stadt und Börde ist eingeladen. Prolog, Gesangvorträge und die große Rede des Reichsbannerführers Pape-Magdeburg werden den Inhalt des Abends ausmachen. Reichsbannerführer Pape ist ein gewaltiger Redner und hat schon in manchen Riesensälen der Großstädte Vorträge über die „Eiserne Front" gehalten. Sämtliche Versammlungen, in denen er sprach, mußten bereits vor Beginn polizeilich geschlossen werden. Es werden alle Bürger gebeten, sich rechtzeitig eine Karte im Domhof zu beschaffen, da die Nachfrage außerordentlich groß ist. Auf telephonischen Anruf werden Karten zurückgelegt. Ebenso werden eine gewisse Anzahl zurückbehalten, die dann, mit Rücksicht auf die Auswärtigen, an der Abendkasse im Schützenhof verkauft werden.

Eingesandt

Für die unter dieser Rubrik erscheinenden Artikel übernehmen wir nur die preßgesetzliche Verantwortung.

Noch einmal der „unparteiische, nicht parteilose Nazimann."

Unter dem schallenden Gelächter der Soester Bürgerschaft ist der bereits in der Versenkung verschwundene, famose „unparteiische, nicht parteilose Nazimann" wieder auf der Bildfläche erschienen. Um es gleich offen heraus zu sagen: „Dieser Typ Nazimann" gefällt uns gar nicht so schlecht. Im Eifer des politischen Kampfes scheint er sogar den Karneval nicht vergessen zu haben und so sind auch wir, als seine Gegner, ihm von Herzen dankbar, daß er in dieser schweren Zeit doch auch noch den Humor zu seinem Recht kommen läßt. Aus Dankbarkeit für seine beiden Bravourleistungen, die in so glänzender Weise bestätigen, daß er das Zeug zu einem politischen Clown besitzt, haben wir uns entschlossen, ihm für die erste große, öffentliche Massenversammlung der bereits **vor 10 Tagen gebildeten (also haben wir nicht gelogen)** „Eisernen Front" am Donnerstag, den 18. Februar, abends 8 Uhr, im Schützenhofsaal eine Freikarte zu überlassen. Daß ihm dort Gelegenheit gegeben wird, sich auch persönlich der republikanischen Soester Bürgerschaft vorzustellen, ist selbstverständlich.

Zum Schluß noch eine Anmerkung: Wenn wir den Ausdruck „unparteiischer Nazimann" als „parteiloser Nazimann" auffaßten, so geschah das aus dem Grunde, weil es einen **„unparteiischen Nazimann" gar nicht geben kann.** Beweis: Alle nationalsozialistischen Artikel. Ein Nationalsozialist kann gar nicht unparteiisch denken, ja er hat überhaupt nicht zu denken, denn Hitler denkt für alle, er, der große Geist, „in dessen Partei nichts geschieht, was er nicht weiß und was er nicht billigt."

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Soest.

Aus dem Parteileben

Was ist die „Eiserne Front?"

Uns wird geschrieben:

Die sogenannte „Eiserne Front" ist eine lose Zusammenfassung aller Parteien und Gruppen die in den bisherigen 13 Unglücksjahren Gelegenheit hatten, ihre Versprechungen eines „goldenen Zeitalters" wahr zu machen. Was sie erreicht haben, braucht hier nicht geschildert zu werden. Diese Parteien haben sich für den Versailler Vertrag, für den Dawes-Plan, für den Young Plan eingesetzt, mit der Behauptung, daß es da durch Deutschland besser gehen würde. Alle gegenteiligen Behauptungen und Warnungen haben sie als Phantastereien bekämpft, während sie jetzt ihren völligen Bankrott durch geistige Anleihen beim Nationalsozialismus zu vertuschen suchen. Es erübrigt sich, an dieser Stelle darauf hinzuweisen, wie trostlos in diesen 13 Jahren auch die kulturelle und moralische Lage des deutschen Volkes geworden ist. In der heutigen **Kundgebung der N. S. D. A. P. auf dem Schützenhof** werden alle diese Zusammenhänge ans helle Licht gezogen werden und es wird sich zeigen, daß trotz aller krampfhaften Versuche und Machenschaften das junge Deutschland aufgestanden ist, sich aus dem Schmutz fremdländischer Volksverführer und den Ketten undeutscher Großaktionäre zu befreien. Nicht um Staatsformen, nicht um Republik oder Monarchie oder Diktatur ist es uns zu tun, sondern um die sterbende Seele der deutschen Nation! Nicht knechten wollen wir das deutsche Volk, sondern befreien aus den Krallen pöstchenhungriger Borzen und geldgieriger Großkapitalisten! Hie Licht — hie Finsternis: Deutschland entscheide Dich!

★

Bericht über die öffentliche Versammlung in Ampen am 14. Februar 1932.

Uns wird geschrieben: Am Sonntag, den 14. Februar 1932 veranstaltete die neugegründete Ortsgruppe Ampen — Paradiese — Meiningsen — Epsingsen — Deiringsen ihre erste öffentliche Versammlung, die außerordentlich gut aus allen Schichten der Bevölkerung besucht war. Pg. Ulrich Berg sprach in fast zweistündiger Ausführung über das Thema: „Vernichtet das System, dann ist der Weg zur Freiheit frei". In anschaulicher Weise schilderte er das vollkommene Versagen des Systems und kennzeichnete die gerade in den letzten Wochen besonders in die Erscheinung getretenen Bemühungen, die Machtergreifung durch die N. S. D. A. P. zu verhindern. Er zeigte sodann die Wege Adolf Hitlers zur Freiheit und fand mit seinen Darlegungen den Beifall der Versammlung. Nach einem kurzen Schlußwort, in dem der Redner einige aus der Versammlung entgegengestellte Fragen erschöpfend beantwortet hatte, wurde die erfolgreiche Versammlung vom Ortsgruppenleiter, Pg. Wilh. Pfläger, mit einem Heil auf den Führer, das größten Widerhall fand, und dem Absingen des Horst-Wessel-Liedes geschlossen. Die ehemals rote Hochburg Ampen ist für den Nationalsozialismus reif. Auch hier sind die Volksgenossen endlich erwacht und keine Wellblech-Front vermag ihren endgültigen Sieg zu hindern.

Aus Westfalen und benachbarten Provinzen

Bad Sassendorf, 15. Febr. **Handball.** Auf dem Gemeinde-Turn- und Sportplatz spielten gestern die 2. Handballmannschaft des T. V. Bad Sassendorf und die Jugend gegen die 2. Mannschaft und die Jugend des T. V. Ostönnen. Das Spiel der Jugend begann um 1 Uhr. Es endete nach 40 Minuten Spielzeit mit 4:0 für V. S. Unter der Leitung des Schiedsrichters Hermann-Lohne begann um 3,30 Uhr das 2. Spiel gegen die 2. Mannschaft Ostönnen. Trotz des regen Spieleifers, der sich beiderseitig entwickelte, konnte keine der beiden Parteien einen Erfolg erzielen. Halbzeit 0:0. In der 2. Halbzeit warfen die V. S. 2 Tore. Trotz einiger guter Vorstöße, war das Glück den Gästen nicht hold. Das Spiel endete mit 2:0 für Bad Sassendorf.

Liesborn, 15. Febr. **Vorsicht mit Feuerungen.** In Schrecken versetzt wurde am Mittwoch nachmittag die Familie des hiesigen Hauptlehrers, deren im alten Liesborner Klostergebäude gelegene Wohnung sich mit starkem Rauch und Brandgeruch füllte, ohne daß die Ursache festgestellt werden konnte. Schulknaben, die zufällig ihre an die Hauptlehrerwohnung angrenzende Klasse aufsuchten, fanden den Feuerherd: eine große Fläche des Zimmerfußbodens brannte. Vermutlich ist der Brand dadurch entstanden, daß glühende Kohle aus dem Ofen auf den Holzfußboden gefallen ist und diesen durchgebrannt hat, da bereits zwei der schweren Eichenbalken des Kellergeschosses stark Feuer gefangen hatten. Wäre die Brandursache nicht frühzeitig festgestellt worden, so hätte das Feuer bei dem herrschenden starken Ostwind das Bestehen des altehrwürdigen Klosters gefährden können.

Meschede, 15. Febr. Bei dem Postamt in Meschede wird am 20. Februar im neuen Postgebäude der Ortsverkehr vom Handbetrieb auf den Selbstanschlußbetrieb überführt und ein neuzeitliches Fernamt in Betrieb genommen. Am dieses Fernamt werden gleichzeitig die Orte Bestwig, Olsberg u. Warstein, die bereits Selbstanschlußbetrieb besitzen, angeschlossen, sodaß fortan die Teilnehmer dieser Orte wie die Teilnehmer in Meschede beim Wählen mit der Nummernscheibe sofort das Fernamt in Meschede erreichen. — Für die Teilnehmer des Selbstanschlußamtes Warstein ist noch die Möglichkeit geschaffen worden, ihren Gesprächsverkehr mit den auf die Fernämter **in Lippstadt und Soest** gestützten Teilnehmern über besondere Leitungen **unmittelbar** abzuwickeln. — Das Fernamt in Meschede ist als Sammelpunkt des Fernverkehrs für den südöstlichen Teil des Oberpostdirektionsbezirks Dortmund bestimmt und mit 53 Fernleitungen, darunter unmittelbaren Leitungen nach Dortmund, Düsseldorf, Köln, Münster und Siegen ausgestattet.

Ludendorff zur Abrüstung

Das „Journal des Nationes" (die Zeitung des Völkerbundes) hat sich an General Ludendorff gewandt, um seine Ansicht über bestimmte Fragen, die die Abrüstung behandeln, zu hören. General Ludendorff hat folgende Antwort erteilt:

„Ich halte jede Rüstungsbeschränkung für unmoralisch. Jedes Volk hat in Erfüllung seines Selbsterhaltungswillens die Pflicht, für seine Verteidigung seine Kräfte voll auszunutzen. Beschränkt das Volk sich in den Rüstungen, so ist es ein Verstoß gegen die heiligsten, göttlichen Gesetze.

Die Völker werden ihre Stärke, die sie dadurch erhalten, nicht zu gegenseitiger Vergewaltigung mißbrauchen, wenn sie sich gegenseitig verstehen und achten lernen und den anderen das zubilligen, was sie selbst für sich beanspruchen.

Die „Gefahr" der Rüstungen liegt nicht in den Rüstungen selbst, sondern in dem Mißbrauch, den die überstaatlichen Geheimmächte mit den Völkern treiben, indem sie diese als Kampfscharen ausnutzen, um durch gegenseitiges Zerfleischen der Völker ihre eigene Machtstellung zu sichern.

Die durch meine Aufklärung erwachende Erkenntnis der Völker über das Wesen der überstaatlichen Mächte ist die beste Gewähr für die Aufrechterhaltung des Friedens."

Wirtschaftliches

Die Berliner Produktennotierungen.

Berlin, 15. Februar.

Weizen, märk. 75—76 kg. 246—248 und Geld, März-Lieferung 258, Mai-Lieferung 266,50, Roggen, märk. 72—73 kg. 195—197 und Geld, März-Lieferung 204—204,50, Mai-Lieferung 211,50, Gerste, Braugerste 162—169, Industrie- und Futtergerste 154—158, Hafer, märk. 144—151, März-Lieferung 158,50, Mai-Lieferung 164—164,50, Weizenmehl 29.75—33.75, Roggenmehl 27.85—28.50, Weizenkleie 9.60 bis 9.80, Roggenkleie 9.60—9.90, Viktoriaerbsen 21—27.50, Kl. Speiseerbsen 21—23,50, Futtererbsen 15—17, Peluschken 16—18, Ackerbohnen 14—16, Wicken 16—19, Lupinen blaue 10—12, Lupinen, gelbe 14.50—16, Seradella, neue 27 bis 30, Leinkuchen, ab Hamburg 11.20—11.30, Erdnußkuchen, 50 Prozent, ab Hamburg 12.40, Erdnußkuchenmehl, 50 Prozent, ab Hamburg 12.20—12.30, Trockenschnitzel 7.80—8.00, Extrah. Sonabohnenschrot, 46 Prozent, ab Hamburg 10.50—10.60, Extrah Sonabohnenschrot, 46 Pr., ab Stettin 11.30, Kartoffelflocken 12.50—12.60 *M*

Viehmärkte.

Dortmunder Schlachtviehmarkt vom 15. Febr. Auftrieb: Großvieh 631, darunter 29 Ochsen, 104 Bullen, 272 Kühe, 18 Färsen, 8 Fresser, 559 Kälber, 4 Schafe, 1 Ziege, 3102 Schweine. — Marktverlauf: In guten Tieren mittel, sonst langsam, geräumt. Kälber mittel, geräumt, Schweine sehr langsam, geräumt Preise: Ochsen 36—38, 32—34, 28—30, 24—27; Bullen 31 bis 33, 27—30, 23—26; Kühe 30—32, 26—29, 22—25, 16—21; Färsen 33—35, 30—32, 26 bis 29; Kälber 44—46, 35—43, 25—34, Schweine 43—45, 40—43, 36—41, 32—40 *M*.

Essener Viehmarkt vom 15. Febr. Auftrieb: Großvieh 285, Ochsen 23, Bullen 94, Kühe 180, Färsen 75, Fresser 13, Kälber 617, Schafe 61, Schweine 2452. Marktverlauf: Großvieh und Kälber langsam Schweine und Schafe ziemlich lebhaft. Ochsen 34 bis 37, 28—31, Bullen 31—33, 28—30, 24—27. Kühe 30 bis 33, 27—29, 23—26, 17—22. Färsen 33—36, 30 bis 32. Fresser 20—25. Kälber 40—44, 32—38, 22 bis 30. Schafe 35—37, 30—32. Schweine 45—48, 43 bis 45, 40—43, 38—40, 34—42.

Elberfelder Viehmarkt vom 15. Febr. Auftrieb: Großvieh: 707, Ochsen 167, Bullen 50, Kühe 340, Färsen 86, Fresser 64, Kälber 500, Schweine 2848. Marktverlauf: Großvieh langsam, Kälber mittel, Schweine mittel, alles geräumt. Preise: Ochsen 34 bis 36, 30—33, 26—29. Bullen 28—31, 24—27. Kühe 29—31, 25—28, 18—24, 14—17. Färsen 32 bis 34, 25—31, Fresser 20—25. Kälber 42—45, 35 bis 41, 25—34. Schweine 44—47, 44—47, 42—43, 40—41, 34—39, 35—38.

Wetterbericht

Wetteraussichten für Dienstag:

Nachts noch leichter Frost, tagsüber bei starker Bewölkung stellenweise Tauwetter, vereinzelt etwas Niederschlag, meist als leichter Regen oder Staubregen bei nordwestlichen Winden. Wahrscheinliche Weiterentwicklung: nordwestliche bis nördliche Winde, meist bedeckt und weiter Temperaturanstieg.

Bekanntmachung.

für das Amt Lohne.

Oeffentliche Mahnung.

Die nachstehend aufgeführten Steuern und Abgaben sind am 15. Februar 1932 fällig gewesen und werden hierdurch angemahnt:

1. Staatliche Grundvermögenssteuer für Januar—März 1932.
2. Gemeindezuschlag für Januar—März 1932.
3. Hauszinssteuer für Januar—März 1932,
4. Gewerbeertragssteuer für Januar—März 1932,
5. Gewerbekapitalsteuer für Januar—März 1932,
6. Beitrag zur Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft für Januar—März 1932,
7. Bürgersteuer, 2. Rate 1931,
8. Sonstige Abgaben und Gefälle.

Die kostenpflichtige Beitreibung im Verwaltungszwangsverfahren beginnt am 19. Februar 32. Ab 19. Februar 1932 werden für Rückstände 1,5 Prozent Steuerverzugszuschläge für jeden angefangenen halben Monat erhoben.

Bad Sassendorf, den 16. Februar 1932.

Amtskasse Lohne als Vollstreckungsbehörde:
Heimann, Amtsrentmeister.

Bekanntmachung.

Gefunden: 2 Fahrräder. Die rechtmäßigen Eigentümer können ihre Ansprüche hier geltend machen.

Lohne, den 15. Februar 1932.

Die Polizeibehörde.

Rotationsdruck und Verlag des „Soester Kreisblatt" „Geschwister Mayne). Verantwortlich für Politik: Herm. Mayne; für Lokales, Provinzielles, Sport u. den übrigen redaktionellen Teil: J. Müller, für den Anzeigenteil: Carl Mayne, sämtlich in Soest.

UM KAMPF UM OMEGA

Roman von Kurt Martin (Nachdruck verboten) — 65 — Copyright by Verlag Neues Leben, Bayr. Gmain.

Sie erhoben sich. Hilde hatte an der kleinen Quelle auch Klaus' Jacke vom Blut gesäubert, so gut es ging. Sie schritten weiter. Der Abend kam. Hier zwischen den Bäumen war es rasch dunkel. Aber der Boden war ziemlich eben, der Wald war ausgelichtet. Es ließ sich verhältnismäßig gut gehen. Sie kamen an einen Fahrweg, der den Wald im spitzen Winkel zu ihrer eingeschlagenen Richtung schnitt. Etwas entfernt sahen sie noch einen anderen Weg, der sich mit dem ersten traf.

„Dort steht ein Wegweiser!" Hilde lief hinzu. Mühsam konnte sie die Schrift entziffern. „Da steht ‚Lemkow'! — Wir haben die Richtung nicht verfehlt!"

„Ja, nun weiter!"

„Willst du dem Weg folgen, Klaus?"

„Wir werden wohl keinen Menschen treffen. Und wenn auch, es erkennt uns hoffentlich niemand."

„Und unsere Verfolger?"

„Sie werden die Züge überwachen."

„Oh Gott, und morgen früh wollen wir zum Bahnhof gehen!"

„Verzage nicht!"

Sie fuhren beide mißtrauisch herum. „Was war das?" Klaus tastete nach dem Revolver. — War es ein Mensch? — War es ein Wild? — Er flüsterte beruhigend. „Habe keine Angst, Hilde!"

„Mir ist so bang! Und es wird immer dunkler!"

Da riß sie ein Schrei zusammen; ein Schrei, gierig und triumphierend. Nicht weit von ihnen stand Stosjiej. Er hielt die Büchse im Anschlag. „Steht! — Beide! — Steht!"

Hilde wankte. Ihr schwindelte.

Stosjiej brüllte haßerfüllt. „Sie hatten die rechte Spur, meine Hunde! Und ich auch, wenn ich auch das Pferd bis an das Moorland zuschanden ritt! Ich habe euch jetzt eingeholt! — Steht! Hände hoch! Das Mädchen her zu mir!"

Klaus war sich völlig klar. — Hier gab es Kampf, Kampf auf Leben und Tod! Er und Hilde — oder der da drüben! Blieb Stosjiej am Leben, dann waren sie verloren! — Blitzschnell riß er den Revolver aus der Tasche. — Die letzte Kugel! — Er zielte kurz. Stosjiej schrie drohend auf. Er drückte ab, und auch Klaus gab Feuer.

Hilde war lautlos zu Boden gesunken.

Starr stand Klaus. Der Mann drüben lag am Boden. — Hatte er getroffen? — Lag der dort drüben verwundet, oder tot? — Es riß ihn zu Hilde um. Er sah sie am Boden liegen. Er kauerte neben ihr, den Feind vergessend. „Hilde, Hilde! Hat er dich getroffen?"

Er tastete über ihr Antlitz. Er legte das Ohr an ihre junge Brust. Da vernahm er ihre Stimme, angstvoll.

„Sind wir gefangen, Klaus?"

„Nein, Hilde! — Sag, bist du verwundet?"

„Ich weiß nicht. — Wo ist Stosjiej?"

Klaus richtete sich auf. „Warte!" Er ging hinüber zu dem dunklen Körper am Straßenrand. Es war kein Leben mehr in dem Mann. Da kam Klaus zu Hilde zurück. „Ich habe Stosjiej erschossen, Hilde. Es blieb mir nichts anderes übrig. Es ging auf Leben und Tod."

Sie kauerte noch am Boden. Schaudernd barg sie das Antlitz in den Händen. Er zog sie zu sich empor. „Du bist nicht verletzt, Hilde?"

„Nein! — Es war nur die Angst. Da schwanden mir die Sinne."

Er preßte sie an sich. „Er war jetzt unser dritter Feind. Hätte ich diese Kugel nicht mehr gehabt, dann wäre es wohl vorbei mit uns."

„Was wird nun kommen, Klaus?"

„Wir wollen es tragen bis zum Aeußersten!"

„Ja, Klaus."

Sie schritten weiter, in die Nacht hinein, den Häschern entgegen.

14.

Das Auto fuhr wieder zurück. Langenburg lag schon weit hinter ihnen. Die letzten Lichter verschwanden in der Nacht. Professor Klüber saß zusammengesunken in der einen Ecke des Wagens. Seine Züge waren verfallen. Die Augen lagen tief in den Höhlen; sie starrten fiebrig glänzend in das Dunkel. Klüber war plötzlich ein alter Mann geworden. Neben ihm saß Bert Ibenstein. Ein verbissener Zug lag auf seinem Antlitz. Er war mit sich selbst unzufrieden. Sie saßen lange stumm nebeneinander. Klübers Stimme unterbrach das Schweigen. Sie klang müde. „Es war also wieder nichts!"

„Ich hatte große Hoffnung auf die Meldung aus Langenburg gesetzt. Darum riet ich Ihnen ja, mit mir zu kommen. — Aber die Leute haben sich da etwas zusammengedacht, das ganz und gar nicht auf den Fall Bezug hat, wenn man es im Lichte beschaut. — Es ist wie verhext! Jede Spur verrinnt im Sande. Dieser Kanomoki ist ein überaus schlauer Patron. Er ist mit Fräulein Ruth zuerst bis Weixdorf gefahren. Da besteht kein Zweifel. Hinter Weixdorf setzten dann seine Irreweisungsmanöver ein. Er fuhr mit falscher Nummer; er änderte die Nummer mehrmals. Die einen sagen, es sei ein graues, die anderen, es sei ein grünes Auto gewesen. Nirgends hat man den Japaner gesehen. Nirgends tauchte Fräulein Ruth auf."

Hoffnungslos hob Klüber die Hand. „Ruth ist verloren! — Ich weiß es. Man hat sie längst über die Grenze gebracht. — Ibenstein, ich habe verspielt! — Es ist aus!"

„Wenn dieser Komitako noch am Leben wäre!"

„Er hätte nichts verraten. Davon bin ich überzeugt. Er hätte sich ruhig ins Gefängnis schaffen lassen. Wir hätten nichts von ihm erfahren."

„Es stimmt da aber etwas nicht! Komitako hat Ihnen seine Forderung unterbreitet, er hat seine Bedingungen gestellt. Wozu das alles, wenn er seine Absichten schon durch andere Abmachungen mit Kanomoki geändert hatte! Er mußte sich doch schließlich sagen, daß ihn seine Drohungen eher zum Ziele kommen lassen würden, als wenn er Sie sogleich mit einem Gewaltakt traf. Ich verstehe das nicht!"

„Sein ganzes Reden hatte wohl den Hauptzweck, Kanomoki Zeit zu verschaffen, einen möglichst weiten Vorsprung zu gewinnen, bevor ich Ruths Verschwinden entdeckte."

„So wie ich Komitako abschätze, hätte er Sie wohl mit Verhandlungen hinhalten können; aber ich komme immer wieder zu der Ueberzeugung: Er hätte Sie schließlich nicht gehen lassen, ohne Ihnen zuletzt zu eröffnen, daß er Fräulein Ruth inzwischen entführen ließ. Er hätte sich doch sagen müssen, daß sie dann noch in der gleichen Nacht ihm alles über „Omega" offenbaren würden, wenn Sie die Tochter an einen unbekannten Ort verbracht wußten. — Ich denke immer wieder, dieser Dr. Kanomoki hat hinter Komitakos Rücken auf eigene Faust gehandelt."

(Fortsetzung folgt)

Aus Westdeutschland

Aus niederrheinischen Landen

Das tödliche Bohnengericht

Vater und Sohn vergiftet

In einer Familie in Kenten bei Bergheim (Erft) erkrankten nach dem Genuß von eingemachten Bohnen Vater und Sohn unter Vergiftungserscheinungen. Der Arzt ordnete die Ueberführung der Erkrankten ins Krankenhaus an. Dort sind Vater und Sohn jetzt gestorben.

Weitere Kürzung der rheinischen Wohlfahrtsunterstützungen

Aus einer Sitzung der rheinischen Wohlfahrtsdezernenten

Mit Rücksicht auf die katastrophale Finanzlage der Gemeinden und die Notwendigkeit, die Gemeindehaushalte halbwegs zum Ausgleich zu bringen, sowie im Hinblick auf die stark fallenden Meßzahlen und die wesentlich abgebauten Löhne der noch in Beschäftigung stehenden Arbeiter sprachen sich, wie die „Kölnische Ztg." berichtet, auf einer gemeinsamen Sitzung in Düsseldorf die Wohlfahrtsdezernenten der rheinischen Städte und Gemeinden für eine weitere Kürzung der Wohlfahrtsunterstützungssätze zunächst zum 1. März und dann weiter zum 1. April aus. Zum 1. März sollen die Sätze für Alleinstehende von 36 auf 34 Mark und zum 1. April auf 32 Mark gekürzt, für die Ehefrau von 18 Mark auf 16 Mark, für Kinder von 14 auf 13 Mark ermäßigt werden. Der Satz der gehobenen Fürsorge soll von 45 auf 37 Mark gesenkt werden.

Düsseldorf. Verurteilte Münzverbrecher. Das Erweiterte Schöffengericht verurteilte den Graveur Otterbach und den Händler Petersen wegen Münzverbrechens zu 14 bezw. 6 Monaten Gefängnis. Im Dezember v. J. wurde der Falschgeldstelle gemeldet, daß ein falscher Zehnmarkschein in Umlauf gesetzt worden war. Bald tauchten solche Scheine auch in München, Oldenburg, Ratingen und Mettmann auf. Den Bemühungen der Polizei gelang es bald zu ermitteln, daß die beiden Angeklagten als Täter in Frage kamen. Sie wurden anfangs des Jahres festgenommen, leugneten aber, nachdem sie alles verdächtige Material verbrannt hatten. Als die Polizei weitere Verdachtsmomente aufdeckte, legte Otterbach ein Geständnis ab, wonach er für 500 Mark Zehnmarkscheine angefertigt hatte, wovon Petersen 16 Scheine in den Verkehr brachte.

Düsseldorf. Auf dem Eise eingebrochen und ertrunken. Abends gegen 19 Uhr ist im Stadtteil Benrath ein vier Jahre altes Mädchen auf dem Eise der Itter eingebrochen und ertrunken.

Krefeld. Bewährungsfrist für Dr. Selo. Vom Krefelder Schwurgericht wurde bekanntlich der Arzt Dr. Selo wegen Vergehens gegen § 218 zu einer Gefängnisstrafe von neun Monaten verurteilt. Das inzwischen rechtskräftig gewordene Urteil wird vorerst nicht vollstreckt werden. Dem verurteilten Arzt wurde gegen Entrichtung einer Buße von 3000 RM. eine Bewährungsfrist auf vier Jahre eingeräumt.

Gladbach-Rheydt. Zwei große Prozesse um die Gladbacher Gewerbebank. Die Machenschaften, die zum Zusammenbruch der inzwischen wieder sanierten Gewerbebank Gladbach e. G. m. b. H. geführt haben, finden in den nächsten Wochen ihre gerichtliche Sühne. Am 25. Februar beginnen die Verhandlungen gegen den früheren Bankdirektor Paulus und den Kaufmann Otto, die seit über einem Jahre in Untersuchungshaft genommen wurden. Paulus ist, da eine längere Haft wahrscheinlich einen völligen Nervenzusammenbruch herbeiführen würde, aus der Haft entlassen worden, damit er während des Prozesses verhandlungsfähig ist. — Am 29. Februar beginnt eine weitere Verhandlung gegen fünf Angeklagte: hier handelt es sich insbesondere um die sehr verlustreichen Kreditgeschäfte der Gewerbebank mit dem Volksvereinsverlag, von dem zwei frühere Direktoren zu den Angeklagten gehören. Für diese Verhandlung sind vier Tage angesetzt.

Vom Mittel- und Oberrhein

Köln. Zusammenstoß zweier Straßenbahnzüge. In der Nacht stießen am Botanischen Garten zwei Straßenbahnzüge der Linie 14 zusammen. Der Anprall war so heftig, daß die beiden Motorwagen stark beschädigt abgeschleppt werden mußten. Sieben Fahrgäste erlitten zum Teil durch Glassplitter leichtere Verletzungen. Der Unfall dürfte auf eine vereiste Weiche zurückzuführen sein.

Neuwied. Zum Zusammenbruch der Bank für Handel und Gewerbe. Die Mitglieder der zusammengebrochenen Bank für Handel und Gewerbe beschlossen am Samstag in einer Generalversammlung die fristlose Entlassung des Vorstandsmitgliedes und Bankleiters Ewald Glaser. Ein Vergleichsstatus und ein Vergleichsvorschlag konnte noch nicht vorgelegt werden. Zum Prozeßbevollmächtigten zur Durchführung der Regreßklagen gegen Vorstand und Aufsichtsrat wurde der Rechtsanwalt Kleinpoppen gewählt. Beschlossen wurde ferner eine Abschreibung von 50 Prozent der Geschäftsguthaben zur teilweisen Verlustdeckung, dagegen wurde die Beschlußfassung über Erhöhung des Geschäftsanteils um 150 auf 450 RM. und über Erhöhung der Haftsumme in gleichem Ausmaß vertagt. Es ist beabsichtigt, die Bank in Zukunft als Filiale der Gewerbebank Andernach fortzuführen, was aber erst möglich sein wird, wenn das Vergleichsverfahren vollständig durchgeführt ist. Ob der beantragte Zuschuß des Reiches aus dem Nationalisierungsfonds in Höhe von 60 000 RM. gewährt werden wird, kann noch nicht mit Bestimmtheit gesagt werden. Bei Ablehnung wäre eine Liquidation oder ein Konkurs nicht zu vermeiden.

Oberlahnstein. Wiederwahl des Bürgermeisters. Bürgermeister Dr. Weber wurde in geheimer Stadtverordnetensitzung auf weitere zwölf Jahre gewählt. Bürgermeister Dr. Weber leitet seit 1920 die städtische Verwaltung Oberlahnsteins.

Niederlahnstein. Bürgermeister Rustenbeck tritt in den Ruhestand. Bürgermeister Rustenbeck, der die Geschicke der Stadt Niederlahnstein seit 1924 lenkt, ist aus Gesundheitsrücksichten von seinem Posten zurückgetreten. Die freigewordene Stelle soll ausgeschrieben werden.

Frankfurt a. M. Die Leiche im Mansardenzimmer. Abends wurde der Krankenwärter Georg Breitwieser in seiner Wohnung auf der Zeil tot aufgefunden. Die Feststellungen haben ergeben, daß hier nur ein Unglücksfall in Frage kommen kann, denn die Tür zur Mansarde war von innen verschlossen. Vermutlich ist B. das Opfer einer Kohlenoxydgasvergiftung geworden.

Landau (Pfalz). Ein Fremdenlegionskandidat. Die hiesige Polizei nahm einen 16jährigen Burschen aus Düsseldorf fest, der sich auf dem Wege zur Grenze befand, um sich dort bei der Fremdenlegion anwerben zu lassen.

Bergisches, Südwestfalen

Brand im Elberfelder Stadion

Kein Ausfall der Radrennen

Vormittags brach aus bisher noch unbekannter Ursache im Radrennstadion in Wuppertal-Elberfeld ein Brand aus, durch den das Tribünendach mit sämtlichen Sitzen vollständig vernichtet wurde. Die unteren Räume — Unterkunftsräume für Sportler, Büroräume usw. — blieben vom Feuer verschont, wurden aber durch die großen Wassermengen beträchtlich mitgenommen. Mit drei Motorspritzen und zwölf Schlauchleitungen gelang es der Feuerwehr, nach eineinhalbstündiger Tätigkeit das Feuer zu löschen. Die Aufräumungsarbeiten dauerten noch bis in die späten Nachmittagsstunden. Ein Feuerwehrmann wurde durch einen herabfallenden Balken verletzt, und mußte dem Krankenhause zugeführt werden. Man vermutet, daß der Brand durch einen Brand im Schornstein ausgebrochen ist. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt. Die Radrennen erleiden durch den Brand keinen Ausfall, da man die Tribüne bald wieder aufbauen wird.

Ps hilft Pferdekraft



Einer der Traktoren, die der äußerst rege Wiener Tierschutzverein den Fuhrwerksbesitzern an Hintertagen zur Verfügung stellt, an denen die armen Viecher sich mit dem vereisten oder klüftigen Boden abplagen müssen.

Pariser Radiogesellschaft will die Wiener Staatsoper finanzieren



Das Gebäude der Wiener Staatsoper, oben rechts Generaldirektor Schneiderhan, der die Verhandlungen in Paris führte

Die Rundfunkgesellschaft „Radio-Paris", die von der französischen Postverwaltung finanziert wird, hat ein Abkommen mit der Wiener Staatsoper vorbereitet, nach dem in Zukunft die Vorstellungen der Wiener Oper auf die französischen Staatssender übertragen werden sollen. Die dafür gezahlten Beiträge sollen zur Aufrechterhaltung des stark gefährdeten Opern-Betriebes dienen.

Münsterland, Ostwestfalen

Fast ¼ Million Schmuggelstrafen

5 Schmuggler verurteilt

Vor dem Schöffengericht Meppen hatten sich die Arbeiter Helmut und Hermann Beushausen aus Hamburg und der Arbeiter Mechelhoff aus Osnabrück wegen Schmuggels zu verantworten. Die Angeklagten waren an der deutsch-holländischen Grenze mit 57 Kilogramm Rauchtabak, 0,30 Kilogramm Zigaretten, ebensoviel Schokolade und 2 Kilogramm Kaffee festgenommen worden. Die Brüder Beushausen erhielten je 65 000 RM. Geldstrafe wegen Zoll- bezw. Steuerhinterziehung (ersatzweise für je 600 RM. einen Tag Gefängnis) und außerdem wegen Bandenschmuggels je einen Monat Gefängnis. Gegen den dritten Angeklagten, der entschuldigt fehlte, wird später verhandelt werden. — Ferner wurden drei Bergleute aus Herringen i. W., die im Oktober bei Brandlecht geschmuggelt hatten, wegen Bandenschmuggels zu je einen Monat Gefängnis und wegen Steuer-, bezw. Zollhinterziehung zu je 30 000 RM. (ersatzweise für 500 RM. einen Tag Gefängnis) verurteilt.

Unregelmäßigkeiten beim Lippspringer Kanalbau

Zeugenaussagen im Pint-Prozeß

Als wichtige Momente der weiteren Verhandlung im Pint-Prozeß in Paderborn sind die Zeugen- und Sachverständigenaussagen über die Kanalisationsarbeiten in Bad Lippspringe zu nennen. Nach der Anklage soll Dr. Pint bei Ausführung dieser Bauarbeiten, die zum größten Teil von der Westdeutschen Baugesellschaft Duisburg ausgeführt wurden, zu Ungunsten der Stadt Unregelmäßigkeiten begangen haben. Besonders eingehend sprach sich der Hauptbelastungszeuge Sennejunker aus, der lange Zeit als Bauführer der Stadt Lippspringe die Kanalisationsarbeiten leitete. Er bekundete, bei der Betonierung der Kanäle sei er nicht beteiligt gewesen. Er habe aber später feststellen können, daß an mehreren Stellen keine Betonunterlagen zu finden waren, obgleich diese in Rechnung gestellt wurden. Er teilte seine Beobachtungen Dr. Pint mit, der ihn aber bat, zu schweigen. Es wurden dann einige Bausachverständige vernommen, die zum größten Teil die Aussagen des Sennejunker bestätigten.

Westdeutscher Siedlertag in Münster

Reichskommissar Saassen spricht über Stadtrandsiedlung

Am 26. und 27. Februar veranstaltet die Forschungsstelle für Siedlungs- und Wohnungswesen an der Universität Münster unter Leitung von Prof. Dr. Bruck einen „Westdeutschen Siedlungstag". Die Tagung dient der Herausstellung klarer Ziele und der Herausarbeitung zweckmäßiger Wege im Siedlungswesen der Gegenwart. Die Einzelprobleme werden von bekannten deutschen Fachleuten behandelt, so spricht u. a. auch der Reichskommissar für die vorstädtische Siedlung, Regierungspräsident Saassen, über „Die Stadtrandsiedlung".

Münster. Der Einspruch des Magistrats gegen die neuen Gehaltsfestsetzungen zurückgewiesen. Auf Grund der Preußischen Notverordnung vom 12. September 1931 hatte der Regierungspräsident in Münster die Besoldung des Oberbürgermeisters und der übrigen besoldeten Magistratsmitglieder der Stadt Münster neu festgesetzt. Die Neufestsetzung erfolgte in Abweichung der Beschlüsse des Magistrats. Gegen die Gehaltsfestsetzungen des Regierungspräsidenten hatte der Magistrat die Entscheidung des Preußischen Schiedsgerichts in Berlin angerufen. Das Landesschiedsgericht hat nunmehr die Anrufung des Magistrats als unbegründet zurückgewiesen.

Osnabrück. Bleivergiftung im Schulhause. Immer wieder erkrankten die Bewohner des Lehrerhauses der Gemeinde Hilten unter eigenartigen Umständen, ohne daß die Aerzte die Ursache feststellen konnten. Als jetzt die Frau des Lehrers besonders schwer erkrankte, wurde sie in die Universitätsklinik Münster überführt, wo festgestellt wurde, daß es sich um eine akute Bleivergiftung handelte. Wie die nähere Prüfung nun ergab, hatte man in dem 1911 erbauten Lehrerhaus als Leitung vom Brunnen zur Pumpe aus Sparsamkeitsgründen anstatt Zinkrohr Bleirohre gelegt. Das bleihaltige Wasser war die Ursache der mysteriösen Erkrankungen. Es wurde sofort die Neulegung der Brunnenröhre angeordnet.

Rheine. Von der Lokomotive zu Tode geschleift. Der 52 Jahre alte Rangierer Joseph Störmann aus Rheine wurde am Abend auf der Strecke Rheine—Salzbergen in der Nähe des Blocks Bentlage von einer Lokomotive erfaßt, mitgeschleift und so schwer verletzt, daß der Tod nach wenigen Minuten eintrat.

Den Vater schwer verletzt

5 Schüsse aus einem Trommelrevolver

In der Hanielsstraße 5a im Stadtteil Neumühl kam es am Abend in der Familie Nehls zwischen Vater und Sohn zu einer Auseinandersetzung. Der Sohn gab schließlich aus einem Trommelrevolver fünf Schüsse auf seinen Vater ab. Der Getroffene wurde dem Krankenhause zugeführt. Die Verletzungen sollen schwer, aber nicht lebensgefährlich sein. Der Täter stellte sich der Polizei.

Eine Hadrian-Statue bei Athen gefunden



Torso einer Statue des römischen Kaisers Hadrian (117—138 n. Chr.),

die jetzt bei Ausgrabungen in Athen aufgefunden wurde. Athen war Lieblingsstadt des Kaisers, der sich um die Literatur, Architektur und Bildhauerei seiner Zeit sehr verdient gemacht hat. Das 2,4 Meter hohe Meisterwerk des Spät-Hellenismus weist auf dem Brustpanzer des Kaisers eine Fülle herrlicher Reliefs auf.

Der Waffenbesitz

Von Dr. Buerschaper.

Der Besitz von Schußwaffen ist heute auch ohne Waffenschein erlaubt, wenn man nicht gerade ein Waffen- oder Munitionslager besitzt, für das die Genehmigung der zuständigen Behörde erforderlich ist. Aber es ist nicht der Besitz aller Schußwaffen erlaubt. Schußwaffen, die zum schleunigeren Zerlegen über den für Jagd- und Sportzwecke allgemein üblichen Umfang hinaus besonders eingerichtet oder in Stöcken, Schirmen, Röhren oder in ähnlicher Weise verborgen sind (sog. Wilddiebsgewehre), auch Schußwaffen, die mit einer Einrichtung zur Dämpfung des Schußknalls oder mit Gewehrscheinwerfern versehen sind, darf niemand besitzen. Ganz allgemein dürfen Schußwaffen irgendwelcher Art Entmündigte oder geistig Minderwertige, Zigeuner, wegen gewisser Delikte Vorbestrafte und, was sehr wichtig ist, Personen unter 20 Jahren nicht besitzen, soweit nicht Ausnahmen ausdrücklich von der Polizei bewilligt sind. Aber nicht nur diese machen sich strafbar, wenn sie trotzdem eine Schußwaffe im Besitz haben, sondern auch die Erziehungspflichtigen, in deren Hausgemeinschaft Jugendliche unter 20 Jahren leben, wenn sie den Besitz von Schußwaffen nicht verhindern. Sie müssen also den Jugendlichen die Waffen wegnehmen. Der Erziehungspflichtige macht sich schon dann strafbar, wenn er gar nicht wußte, daß der Jugendliche eine Schußwaffe besitzt, er es aber an der erforderlichen Aufsicht hat fehlen lassen.

Und wer in der Wohnung eine Schußwaffe besitzen darf, ohne einen Waffenschein oder eine Erlaubnis zu haben, außerhalb seiner Wohnung, seiner Geschäftsräume oder seines befriedeten Besitztums darf er sie nur führen, wenn er einen Waffenschein besitzt. Dieser Waffenschein darf nur an Personen ausgestellt werden, gegen deren Zuverlässigkeit keine Bedenken bestehen und auch diesen nur beim Nachweis eines Bedürfnisses.

Wer noch keine Schußwaffe besaß, kann sie auch ohne Waffenerwerbsschein nicht erwerben, sonst macht er sich strafbar. Und wer eine Schußwaffe besitzt, darf sie einem anderen nicht überlassen, also auch nicht schenken, wenn er sich von dem andern nicht dessen Waffenerwerbsschein vorzeigen läßt. Ein solcher Waffenerwerbsschein gilt auch nur auf die Dauer eines Jahres, von der Ausstellung des Scheines an gerechnet, wenn nicht eine kürzere Zeit auf ihm vermerkt ist.

Wer eine Schußwaffe erbt, hat dies binnen sechs Wochen nach dem Tage, an dem er von dem Erwerbe Kenntnis erlangt hat, der Polizei anzuzeigen.

Und wenn man wirklich eine Schußwaffe ohne Munition erlaubt besitzt, Munition dazu darf man sich nur kaufen, wenn man einen Munitionserwerbschein besitzt. Und schießen darf man mit keiner Waffe an bewohnten oder von Menschen besuchten Orten ohne polizeiliche Erlaubnis auch nicht, wenn man sich nicht strafbar machen will, nicht einmal mit sog. waffenscheinfreien Schußwaffen.

Eine Anzahl von Waffen sind nämlich von den Vorschriften des Schußwaffengesetzes ausgenommen, vor allem Waffen mit nicht gezogenen Läufen, vorausgesetzt, daß sie von der Mündung bis zum Stoßlader länger als 25 Zentimeter sind und ihr Kaliber höchstens 9 Millimeter beträgt, ferner Teschings mit gezogenem Lauf mit einem Kaliber von höchstens 6 Millimeter, die höchstens 2 Kilogr. schwer sind und nicht Mehrlader sind. Auch Schein- und Schreckschußwaffen kann man ohne Waffenschein erwerben und bei sich führen, sofern sie ihrer Konstruktion nach lediglich zum Verfeuern von Knall- oder Gaspatronen, die keine Durchschlagskraft besitzen, benutzt werden können. Aber schießen darf man mit ihnen nicht, es sei denn in Notwehr.

Auch andere Waffen als Schußwaffen, solche, die ihrer Natur nach dazu bestimmt sind, durch Hieb, Stich oder Stoß Verletzungen beizubringen, z. B. feststehende Messer, Stahlruten, Gummischläuche u. a., darf man zwar ohne Waffenschein besitzen, auch erwerben und veräußern, aber man darf sie nicht außerhalb seiner Wohnung, seinen Geschäftsräumen oder seines befriedeten Besitztums bei sich tragen, wenn man keinen Waffenschein oder diesem gleichstehenden Jagdschein besitzt. Und wer gemeinsam mit anderen zu politischen Zwecken an öffentlichen Orten erscheint und dabei, und wenn auch nur mit einem Messer oder Schlauch, bewaffnet ist, wird mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft, selbst wenn er einen Waffenschein bei sich träat.

Die genormten Leistungen der Krankenkassen

Zum Inkrafttreten am 1. Januar und 1. Februar 1932 — Sämtliche Mehrleistungen fallen fort

Von Justizoberinspektor Karl Fuchs, Neuß

In dem Bestreben, den deutschen Preisstand auf allen Gebieten dem gesunkenen Weltstandard anzugleichen, setzt bekanntlich die vierte Notverordnung vom 8. Dezember 1931 die geldlichen Aufwendungen auf wirtschaftlichen Gebieten herab. Auf dem Gebiete der Sozialversicherung und der Fürsorge ist im fünften Teil der Notverordnung mit dürren Worten gesagt:

Bis zu einer anderweiten gesetzlichen Regelung werden die Leistungen aus der Krankenversicherung auf die Regelleistungen beschränkt.

So kurz diese Bestimmung ist, so inhaltschwer ist sie. Sie mußte — wie die amtliche Verlautbarung zur Notverordnung ausführt —, erlassen werden, um die Versicherten und ihre Arbeitgeber vor Erhöhung der Beiträge zu bewahren. Nunmehr sind ab 1. Januar 1932 für die Krankenkassen und ab 1. Februar 1932 für die Ersatzkassen die sämtlichen sogenannten Mehrleistungen abgeschafft worden. Alle Leistungen, die über das in der Reichsversicherungsordnung festgesetzte Mindestmaß hinaus durch die Kassensatzungen bewilligt sind, sind fortgefallen. Mithin sind die Leistungen der sämtlichen Kassen, auch der Ersatzkassen, in ganz Deutschland die gleichen.

Welcher Art sind die Regelleistungen?

Die Krankenpflege umfaßt ärztliche Behandlung und Versorgung mit Arznei, Brillen, Bruchbändern und anderen kleinen Heilmitteln. Von den Kosten jeder Verordnung hat der Versicherte 0,50 RM zu zahlen, enthält das Rezept mehr als eine Verordnung, so ist der Betrag nur einmal zu entrichten.

Das Krankengeld kann nur noch in Höhe des halben Grundlohnes für jeden Kalendertag gezahlt werden, es wird vom vierten Tag der Arbeitsunfähigkeit an gewährt. Als Grundlohn gilt der auf den Kalendertag entfallende Teil des Arbeitsentgelts, wie er durch die Satzung für die einzelnen Lohnstufen festgesetzt worden ist. Zuschläge für Verheiratete sind weggefallen, eine Erhöhung des Krankengeldes bei längerer Krankheitsdauer findet nicht mehr statt. Krankenpflege und Krankengeld darf nur auf die Dauer von 26 Wochen gewährt werden.

Krankenhauspflege kann an Stelle der Krankenpflege und des Krankengeldes gewährt werden. Hat der Versicherte Angehörige ganz oder überwiegend zu unterhalten, so ist neben der Verpflegung im Krankenhaus ein **Hausgeld** für die Angehörigen zu zahlen. Dieses darf die Hälfte des Krankengeldes nicht überschreiten, beträgt also ein Viertel des Grundlohnes. Wo bisher satzungsgemäß an Versicherte ohne Angehörige ein Hausgeld gezahlt wurde, kann die Kasse kein sogenanntes **Taschengeld** mehr zahlen.

Die Wochenhilfe, auf die weibliche Versicherte Anspruch haben, beträgt jetzt allgemein 10.— RM, bisher war eine Erhöhung bis zu 25.— RM möglich, das Wochengeld ist auf die Dauer von vier Wochen vor der Geburt und sechs Wochen nachher, also für zehn Wochen zu zahlen (bisher konnte es bis zu 13 Wochen gewährt werden). Es beträgt mindestens 0,50 RM täglich. Das Stillgeld, mindestens 0,25 RM täglich, wird für zwölf Wochen gezahlt.

Das Sterbegeld beträgt das Zwanzigfache des Grundlohnes. Es wird nur noch beim Tode des Versicherten selbst gezahlt und nicht mehr beim Tode des Versicherten selbst gezahlt und nicht mehr beim Tode von Familienangehörigen.

Die Familienhilfe erstreckt sich nur auf die Ehegattin und die unterhaltsberechtigten Kinder, sofern sie selbst keinen Anspruch auf Krankenpflege haben. Die Höchstdauer ist 13 Wochen. Gewährt wird ärztliche Behandlung und Erstattung der Hälfte der Kosten für Arznei und kleinere Heilmittel. Die Krankenkassen waren durch die Reichsversicherungsordnung ermächtigt, die Dauer der Familienkrankenpflege bis auf 26 Wochen zu erweitern und sie auf sonstige Angehörige auszudehnen. Alle satzungsmäßig getroffenen Erweiterungen in sachlicher Richtung oder in Ausdehnung des Personenkreises sind fortgefallen.

Nach der Notverordnung werden von dieser Regelung die laufenden Leistungen nicht berührt, die Beschränkung auf die Regelleistungen bezieht sich also auf die nach dem 1. Januar 1932 bezw. bei den Ersatzkassen nach dem 1. Februar 1932, neu eintretenden Fürsorgefälle.

Kommunalarchive und Heimatpflege

„Ein Geschlecht geht dahin, ein anderes kommt herauf, nichts ist beständig, nichts dauerhaft, sondern alles, was aus der menschlichen Gebrechlichkeit entsteht, ist vergänglich und unhaltbar und entschwindet wie das verrinnende Wasser aus dem Gedächtnis der Menschen. Daher erweist sich als notwendig die Erfindung schriftlicher Aufzeichnungen, welche die ein dauerndes Gedächtnis beanspruchenden Gründungen durch Einsetzung glaubwürdiger Zeugen einer dauernden Erinnerung weiht."

So lautet, ins Deutsche übersetzt, der Anfang einer lateinischen Urkunde, die vor fast 600 Jahren dem Gründer einer deutschen Stadt ausgestellt wurde. Er könnte über jeder Tür eingemeißelt sein, die ein Archiv verschließt; denn ohne schriftliche Aufzeichnungen gäbe es keine Urkunden und Urkundensammlungen, und unsere Kenntnisse von dem Verlauf der Ereignisse vor uns wären sehr dürftig, weil sich nur wenig davon im Gedächtnis der Menschen erhält.

Es ist erfreulich, festzustellen, daß trotz der drückenden Finanz- und Wirtschaftssorgen die Gemeinden für Kulturzwecke noch Opfer bringen. Ein besonderes Gebiet der städtischen Kulturpflege bilden die Stadtarchive. Ihr Wert beruht vor allem auf dem Material, das sie für die Stadtgeschichte bieten: Verfassung und Wirtschaft, Handel und Verkehr, alles ist darin enthalten. Auch über das Stadtgebiet hinaus erstrecken sich die Angelegenheiten der Stadt, und so finden wir auch für das umliegende Land, ja für die Geschichte des Deutschen Reiches selber, in unseren Stadtarchiven manch wertvollen Baustein. Man braucht nur daran zu erinnern, welche wertvolle Urkundensammlung beispielsweise das Archiv Nürnberg enthält. Aber auch kleinere Städte, wie Goslar oder Halberstadt haben in ihren Archiven unvergängliche Werte. Wie oft lesen wir von Jubiläen deutscher Städte, die die Feier ihres 500jährigen, 700jährigen oder gar 1000 jährigen Bestehens feiern konnten. Und bei diesem Anlaß erinnerte man sich mancher Einrichtungen, manchen Brauches, von denen sonst nicht mehr gesprochen worden war. Man wandte sich an die alten Urkunden, man forschte nach, wann die Stadt entstanden und was sie alles im Laufe der Jahrhunderte erlebt hatte. So hat jede Stadt Geschichte, die zugleich für uns Heimatgeschichte ist, die uns durch die städtischen Archive wieder nahegebracht wird. Eine der vornehmsten Aufgaben der Kommunalarchive ist daher die Erweckung und Erhaltung des Heimatgefühls, eine Aufgabe, die gerade in unserer Zeit besonders notwendig und wertvoll ist.

Edgar Wallace

Edgar Wallace, der im Alter von 56 Jahren in Hollywood einer plötzlichen Lungenentzündung erlag, ist wohl der populärste und ergiebigste Schriftsteller des heutigen Englands gewesen. Seine Schaffenskraft kannte keine Grenzen. In den dreißig Jahren seiner Tätigkeit hat er nicht weniger als 150 Romane, zwölf Theaterstücke und 300 Novellen verfaßt. Viele seiner Theaterstücke wurden auch auf dem Kontinent mit großem Erfolg aufgeführt.

Nicht weniger romantisch als seine Werke war die Laufbahn dieses „Selfmademan". Als arme Waise, von Fischersleuten adoptiert, begann er als Zeitungsverkäufer und Arbeiter in einer Druckerei, in einer Gummifabrik, als Milchjunge und Soldat. Der Burenkrieg brachte ihn als Berichterstatter von Reuter zum ersten Mal auf die journalistische Laufbahn.

Ein Zeichen für die außerordentliche Geschwindigkeit seiner Arbeit ist, daß er 4000 Worte in der Stunde diktierte und imstande war, einen Roman von 70 000 Worten während des Wochenendes fertigzustellen.

Sein Einkommen wurde auf 800 000 Mark jährlich geschätzt. Er gehörte zu den freigebigsten Männern Englands. Wallace war als Schriftsteller, Dramatiker, Regisseur und Journalist gleich erfolgreich und hat sich in den letzten Jahren auch als liberaler Kandidat auf politischem Gebiet betätigt. Ein Auftrag zur Verfassung von Filmschauspielen hatte ihn nach Hollywood geführt, wo ihn ein frühzeitiger Tod erreichte

Katzenfeinde

So gut auch Katzen vielen Menschen gefallen und so nützlich sie auch sein mögen, es gibt Menschen, die den Katzen Falschheit nachsagen und die leider nicht immer mit Unrecht behaupten. Katzen stellen nicht nur Mäusen, sondern auch Vögeln nach und seien deshalb schädlich. Mancher Gartenbesitzer, in dessen Garten Singvögel nisten, auf die er stolz ist, sucht deshalb mit Fallen oder Gift, vielleicht auch mit dem Tesching sich gegen Katzen zu schützen. Das Schießen selbst mit waffenscheinfreien Teschings im eigenen Garten ist aber schon dann strafbar, wenn man keine Katze trifft. Verletzt oder tötet man sie, so macht man sich der Sachbeschädigung schuldig, denn eine Katze ist im Rechtssinn eine Sache, die man, wenn sie einem anderen gehört, nicht töten oder verletzen darf. Und mit der Möglichkeit, daß die Katze nicht herrenlos herumstreift, sondern irgend jemand gehört, muß man stets rechnen. Auch der Jagdberechtigte darf eine Katze nicht ohne weiteres wegfangen oder gar töten, er darf dies aber — und deshalb mögen Katzenbesitzer auf ihre Kätzchen acht geben — töten oder töten lassen, wenn sie 300 Meter vom nächsten bewohnten Hause herumstreift. Es ist aber und dies gilt auch für wildernde Katzen, nach dem Jagdgesetz, die Anwendung grausamer, die gejagten Tiere quälende Mittel verboten. In Gärten, wo Singvögel zu nisten pflegen, kann aber das Jagdrecht nicht ausgeübt werden. Katzen, die in fremde Gärten laufen, stören den Besitz und der Katzenhalter macht sich, wenn er nicht verhindern, daß seine Katze in fremde Gärten läuft, der verbotenen Eigenmacht schuldig. Er kann deshalb auf Unterlassung dieser Besitzstörung verklagt werden. Ist eine Katze gefangen worden, so muß sie dem Eigentümer wieder herausgegeben werden, ist der Eigentümer der Katze nicht bekannt, so ist sie wie eine gefundene Sache der Ortspolizeibehörde abzuliefern. Es dürfte auch kein Bedenken bestehen, sie dem nächsten Tierschutzverein zu überlassen. Katzenfreunde aber, die ja gleichzeitig wohl auch Freunde der Singvögel sind, tun gut, in der Zeit, in der Singvögel nisten und Junge haben, ihre Katzen nicht aus dem Hause zu lassen. Damit begegnen sie auch am besten der Katzenfeindlichkeit.

Buntes Allerlei

Kann man sein eigenes Geld stehlen?

Das Schwurgericht von Monks Corner (USA.) hat sich demnächst mit folgendem heiklen Fall zu befassen: Zwei Leute hatten erfahren, daß eine Newyorker Bank, auf deren Filiale sie ihr Vermögen deponiert hatten, ihre Schalter zu schließen beabsichtige und keine Auszahlungen mehr leiste. Kurz entschlossen begaben sie sich auf ihre Bank, holten ihre Revolver heraus und ließen sich von dem Kassierer 17 542 Dollars und 18 Cents — soviel betrug ihr Guthaben — herauszahlen. Das Geld brachten sie an sicherer Stelle unter und stellten sich dann dem Kadi.

Ueb' immer Treu und Redlichkeit bis an dein kühles Grab . . .

Auf einer Polizeiwache in Newyork lieferte dieser Tage ein ärmlich gekleideter Mann eine offene Damenhandtasche mit einem Inhalt von Juwelen im Werte von mehr als 5000 Dollars als Fundgegenstand ab. Er konnte gerade noch seinen Namen, Edward Doherty, angeben und brach dann bewußtlos zusammen. Der herbeigerufene Arzt stellte fest, daß der Mann seit mindestens drei Tagen keine Nahrung mehr zu sich genommen hatte. Während der Versuche, ihm künstliche Nahrung zuzuführen, starb der ehrliche Finder.

Das elektrische Rindvieh.

In einem Dorf an der holländischen Grenze brach sie zu einem benachbarten Fabrikbetrieb führende Starkstromleitung und das eine Ende des Drahtes kam mit dem nassen Steinboden eines Stalles in Berührung. Der ganze Stall wurde offenbar mit Elektrizität geladen, denn das Vieh brüllte wie wahnsinnig und versuchte sich von den eisernen Ketten loszureißen. Als vom Werk aus, wo die Unterbrechung rasch bemerkt wurde, der Strom abgestellt worden war, lagen zwei der Kühe tot am Boden, während die anderen Tiere noch stundenlang aufgeregt zitterten und kaum zu beruhigen waren.

Wie baue ich eine Kanone.

Der Werkmeister eines Steinbruchs in Lindabrunn erwischte einige Jungen, wie sie ein großes Paket mit Pulver wegschleppten. Er folgte ihnen unbemerkt zu einem versteckten Platz im Walde und entdeckte dort eine Art von Waffenmeisterei, wo die Burschen aus alten Wasserleitungsrohren „Kanonen" konstruiert hatten, die sie eben mit dem gestohlenen Pulver ausprobieren wollten. Das Dazwischentreten des Werkmeisters dürfte ein großes Unglück verhütet haben. Die jungen Burschen wurden dem Jugendgericht übergeben.

Sterben die Flöhe aus?

In letzter Zeit war in der Presse verschiedentlich zu lesen, daß der Menschenfloh, wahrscheinlich infolge einer Seuche, nahezu ausgestorben sei. Dasselbe wird häufig auch vom Hundefloh behauptet. Der bekannte Parasitenforscher A. Hase nimmt jetzt zu diesen Nachrichten, die schon dazu geführt haben, daß naturwissenschaftliche Handlungen mit „Flohsendungen" geradezu überschwemmt werden, kritisch Stellung. Richtig ist nach Hase nur dies, daß in Deutschland seit 2 bis 3 Jahren die Flohplage nicht unwesentlich nachgelassen hat. Die Ursache für diese Erscheinung ist, wie im Februarheft der „Koralle" ausgeführt wird, wahrscheinlich in Temperatur- und Feuchtigkeitsschwankungen, die großen Einfluß auf die Eier und Larven der Flöhe haben, zu suchen. Für das Auftreten irgendeiner „Flohpest" liegen jedoch keinerlei Anzeichen vor. Jedenfalls wird es für die Zoologie und besonders die Parasitenkunde wichtig sein, den Ursachen des plötzlich zahlenmäßigen Zurückgehens eines bis dahin so allgemein verbreiteten Parasiten nachzugehen.

Das deutsche Buch im Ausland

Auf Grund genauer Feststellungen kann derzeit die Anzahl der deutschen Buchhandlungen im Ausland auf 2670 angegeben werden. Selbstverständlich steht das europäische Ausland mit rund 1900 deutschen Buchhandlungen an der Spitze, an zweiter Stelle folgt Amerika mit 127. In Asien gibt es 21, in Afrika 13, lediglich in Australien existiert nicht eine einzige deutsche Buchhandlung.

„Gebraucht!"

Ein Zollbeamter in Basel entdeckte zu seinem Entsetzen im Gepäck eines Reisenden ein menschliches Skelett. Zu seiner Beruhigung konnte ihm jedoch der Passagier beweisen, daß es sich nicht um das Opfer eines Verbrechens (oder wenn, dann zumindest eines seit einigen Jahrhunderten verjährten Verbrechens) handelte, da das Skelett einem Maori, einem der seit langem ausgestorbenen Ureinwohner Neuseelands angehörte. — Es ergab sich jetzt nur noch die Frage, unter welche Position des Zolltarifs tote Maoris gehören. Aber schließlich einigte man sich der Einfachheit halber darauf, das Skelett als „Gebrauchte Waren" unverzollt nach der Schweiz hineinzulassen.

Zur Verläßlichkeit von Zeugenaussagen

Während der Vorlesung eines Lehrers der New Yorker Polizeischule trat plötzlich ein Mann ein, ging durch den ganzen Saal auf ihn zu, versetzte ihm einen Stoß und ging durch den Saal zurück durch die Türe wieder ab. Kaum war er verschwunden, so verlangte der Lehrer von seinen Schülern eine genaue Beschreibung des Besuchers unter besonderem Hinweis darauf, ob derselbe einen hellen oder dunklen Hut, einen langen oder kurzen Mantel angehabt und in welcher Hand er den Spazierstock getragen habe. Von den 42 Schülern stimmten 18 für einen hellen Hut, 24 für einen dunklen, 34 erinnerten sich an einen langen Mantel, 8 an eine Art Windjacke bezw. Sportpelz. Den Stock trug der Mann nach Ansicht von 17 Schülern in der linken, von 25 in der rechten Hand. — Dann wurde der draußen wartende Mann hereingerufen. Er hatte einen auffallend hellen Hut auf dem Kopf, trug tatsächlich einen langen Ueberzieher — einen Spazierstock aber hatte er überhaupt nicht in der Hand.

Die Polizei braucht die Feuerwehr

Der Polizeiinspektor Fuchs aus Neuwaldegg stürzte auf einem Inspektionsritt mitsamt seinem Gaul in eine 7 Meter tiefe Schlucht. Da das Pferd sich nicht mehr zu erheben vermochte, mußte die Polizeiwache schließlich die Feuerwehr zu Hilfe rufen, die unter großen Schwierigkeiten das Tier wieder ans Tageslicht beförderte. Roß und Reiter waren bei dem Unfall ohne Verletzung davongekommen

Ein Priester opfert seinen Sohn.

Der Priester des Tempels in Udamalpet träumte, die Göttin der Krankheiten, Kandiammann, ergrimmt darüber, daß ihr „Wagenfest" zwei Jahre nicht gefeiert wurde, fordere den Tod seines Erstgeborenen. Nach einigen Tagen des Zögerns beging der Priester die furchtbare Tat: Er enthauptete seinen 12jährigen Sohn und opferte das Blut der Göttin. Dann stellte er sich der Polizei, die ihn wegen Mordes verhaftete. Bei dem „Wagenfest", das in letzter Zeit von den Behörden verboten wurde, wird die Göttin auf einem schweren Wagen durch die Straßen gefahren, und es gilt als besondere Auszeichnung, unter diesem Wagen zu sterben, weshalb sich jedesmal viele Menschen unter die Räder werfen

Der geheimnisvolle Gast.

In einem Gasthaus in Erkelenz gab es dieser Tage gewaltigen Krach, weil, so oft einer der Gäste gewissen Ort besuchen wollte, von dort ein schrilles „Besetzt" ihm entgegentönte. Als schließlich einer, der es besonders dringend hatte, der Wirt holte, damit dieser die Dauersitzung unterbreche, entdeckte man, daß der vielbegehrte Ort leer war. Allgemeines Staunen, das sich schließlich in ebenso allgemeines Gelächter auflöste: einer der Stammgäste hatte seinen dressierten Star mitgebracht, dessen ganzer Wortschatz in dem ominösen Wort „Besetzt" besteht, und seinen Käfig in einem dunklen Winkel neben der so wichtigen Tür aufgehängt.

Die Beleidigungsklage Prof. Spahns gegen Prof. Dr. Kroll abgewiesen

Das Kölner Amtsgericht wies eine Beleidigungsklage des Reichstagsabgeordneten Universitätsprofessors Martin Spahn gegen den früheren Rektor der Kölner Universität, Prof. Dr. Kroll, kostenpflichtig ab, und zwar auf Grund des § 193 StGB. (Wahrung berechtigter Interessen).

Am 26. Juni 1931 erschien bei Prof. Kroll eine dreiköpfige Studentenabordnung, um ihn als Rektor der Kölner Universität zu einer Kundgebung der Kölner Studentenschaft gegen die Kriegsschuldlüge einzuladen, auf der u. a. auch Prof. Spahn als Redner auftreten sollte. Dr. Kroll habe die Studenten darauf aufmerksam gemacht, daß die Universitätsbehörde an dieser Veranstaltung nicht teilnehmen könne, wenn Prof. Spahn eine Rede halten würde. Auf die Frage der Studenten habe Dr. Kroll erklärt, daß Spahn im Oktober 1923, zu der Zeit, als man für Köln eine französische Besetzung befürchtete, ohne Abmachung seinen Wirkungskreis an der Kölner Universität verlassen habe. Prof. Kroll habe weiter darauf hingewiesen, daß seinerzeit gegen Spahn ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden sei, weil er trotz Aufforderung nicht nach Köln zurückgekehrt sei. Dieses Verhalten Prof. Spahns sei von Kroll als Amtsverletzung gedeutet worden. Der jetzige Rektor der Kölner Universität, Prof. Kuske, erklärte wörtlich: „Ich hätte damals genau so gehandelt, wenn ich an Krolls Stelle gewesen wäre."

In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende aus, daß Prof. Kroll als Rektor der Universität vielleicht sogar die Pflicht gehabt hätte, die Studenten zu unterrichten.

Auszug der Nationalsozialisten aus dem Thüringer Landtag

Die Nationalsozialistische Fraktion des Thüringer Landtages erklärt, daß sie an den Beratungen des Landtages bis auf weiteres nicht mehr teilnehmen werde. Sie werde aber jederzeit im Landtag erscheinen, wenn es ihr am zweckmäßigsten dünkt. Begründet wird der Auszug der Nationalsozialisten aus dem Landtag mit der Politik der Thüringer Rumpfregierung nach dem Sturz des Ministers Dr. Frick. Insbesondere wird die Reise des Staatsministers Baum zum Reichsinnenminister in Sachen der Einbürgerung Adolf Hitlers und die damit verbundene Bloßstellung des ehemaligen Innenministers Dr. Frick als Grund angegeben.

Die Absatzverminderung des ostoberschlesischen Bergbaues

Die polnisch-oberschlesische Steinkohlenförderung zeigt im Januar (24 Arbeitstage) gegen Dezember vorigen Jahres (23 Arbeitstage) einen Rückgang von 2 293 790 auf 1 961 237 Tonnen. Der Gesamtabsatz ging von 1 983 085 auf 1 667 832 Tonnen zurück, der Inlandsabsatz von 1 040 904 auf 889 620, der Export von 942 182 auf 778 812 Tonnen. Die Haldenbestände betrugen am Monatsende 1 844 623 gegenüber 1 761 778 Tonnen am Jahresende.

Nach dem Brande des Zirkus Sarrasani in Belgien

In Antwerpen wurde zu Gunsten der durch das Brandunglück schwer geschädigten Angehörigen des Zirkus Sarrasani unter Mitwirkung von Sportvereinen, der Feuerwehr und weiterer Kreise der Stadt eine Wohltätigkeitsaufführung veranstaltet, an der alle Schichten der Bürgerschaft regen Anteil nahmen. Im Hinblick auf frühere weniger erfreuliche Vorfälle in Belgien verdient diese Anteilnahme der Antwerpener Bevölkerung an dem Mißgeschick des Zirkus Sarrasani und seiner Angehörigen besondere Beachtung.

*

Wie belgische Zeitungen melden, ist der belgische Clown Libot, der auf Grund gewisser Aeußerungen hinsichtlich des Brandes im Zirkus Sarrasani in Antwerpen verhaftet worden war, wieder auf freien Fuß gesetzt worden, da die Untersuchung keine ihn belastende Tatsachen feststellen konnte.

Ein Sensations-Mordprozeß in Kecskemet

In Kecskemet begann der mit riesigem Interesse erwartete Sensationsprozeß gegen den Mann, der seinerzeit den

Weinhändler Rudolf Steinherz in einem Eisenbahnabteil mit einem Hammer erschlagen

hatte. Fischl, so heißt der Täter, erklärt, der Weinhändler habe ihn zur Tat gedungen und ihm dafür eine große Belohnung versprochen. Er habe dann aus den Zeitungen erfahren, daß Steinherz einen Versicherungsbetrug begehen wollte. Den größten Teil des Montagvormittags füllte

das Verhör Fischls

aus, der schilderte, wie ihm Steinherz die Instruktionen zur Ausführung der schrecklichen Tat gab. Er habe Steinherz mit dem Hammer die Schläfe eingeschlagen, und da kein Blut floß wollte er bereits das Abteil verlassen, als Steinherz den Kopf hob und ihm mit der Hand bedeutete, nochmals zuzuschlagen. Er habe völlig mechanisch gehandelt und erst später in den Zeitungen gelesen, daß er neun Hiebe geführt hätte. Das Gericht steht auf dem Standpunkt, daß Fischl alles, was er vorbringt, frei erfunden habe.

Letzte Drahtnachrichten

Die Präsidentenwahl

2,8 Millionen Eintragungen für Hindenburg

Am frühen Abend des Montags belief sich die Zahl der bisher dem Hindenburg-Ausschuß gemeldeten Eintragungen auf 2 800 000. Auch jetzt noch fehlen aus mehreren Orten, vor allem zahlreichen Landgemeinden, abschließende Meldungen.

Der Präsident des Kyffhäuser-Bundes, General a. D. von Horn,

erläßt eine Kundgebung zur Reichspräsidentenwahl, in der er von der Annahme der Kandidatur durch Generalfeldmarschall von Hindenburg Kenntnis gibt und u. a. sagt:

„Ich rufe Euch zu: Laßt die Parteibindung beiseite und handelt in reinem Kyffhäuser-Geist. Da ich als verantwortungsbewußter Führer und auf Wunsch der Organisation Stellung nehmen muß, so soll sie — erhaben über alle parteipolitischen Getriebe und unabhängig von jeder Partei und jedem Ausschuß, lediglich geleitet von dem Streben für das Wohl des Vaterlandes — lauten: Bewahren wir alten Soldaten unserem verehrten Ehrenpräsidenten das Vertrauen, das er verdient und die Treue, die er uns gehalten hat. Verlassen wir unseren Hindenburg nicht!"

Vor einem Bierstreik in Berlin?

Aus Berlin, 15. Febr., wird gemeldet: Am Montag fand eine Versammlung der Vertreter der verschiedenen Berliner Gastwirtsorganisationen statt, die sich mit dem Bierpreise beschäftigte. Allgemein wurde darauf hingewiesen, daß das Gastwirtsgewerbe steuerlich außerordentlich stark überlastet sei und nicht zugunsten der öffentlichen Verwaltung und der Finanzen Selbstmord begehen wolle. Von verschiedenen Seiten wurde Selbsthilfe nach dem Muster Hamburg gefordert. Es wurde ein Ausschuß Berliner Gastwirte gebildet, der die Vorarbeiten für den Kampf durchführen soll, falls die Verhandlungen mit der Regierung ergebnislos verlaufen sollten.

Bierstreik in Oberbayern

Die „Neue Bauernbewegung", die seit mehreren Monaten im bayerischen Oberland hervortritt, hat mit Wirkung vom Dienstag den allgemeinen Bierstreik proklamiert, der im gesamten bayerischen Alpenvorland geschlossen durchgeführt werden soll. Der Bierstreik soll sich nicht gegen das mittelständische Brauerei- und Gastwirtsgewerbe richten, sondern eine Herabsetzung der untragbar hohen Biersteuer herbeiführen.

Revolveranschlag auf den Abgeordneten Buttler

Der nationalsozialistische hessische Landtagsabgeordnete Buttler aus Eberstadt wurde Montag abend, als er sich auf dem Wege zu einer Sitzung seiner Fraktion befand, in Eberstadt von unbekannten Tätern auf offener Straße in den Rücken geschossen. Er wurde ins Krankenhaus gebracht. Der Abgeordnete Buttler ist im letzten halben Jahre dreimal von politischen Gegnern überfallen und verletzt worden.

Streikunruhen in Spanien

Ueber Streikunruhen in Spanien liegen Meldungen vor. Die Streikbewegung in **Madrid** ist vollkommen gescheitert. In einem Stadtviertel war Montag früh auf den Straßenbahngleisen ein Sprengstoffkörper zur Explosion gebracht worden. Die Explosion legte den Verkehr in diesem Stadtviertel lahm. Die umliegenden Häuser wurden beschädigt. Etwas später schleuderte in einem anderen Stadtteil ein Demonstrant gegen einen Straßenbahnwagen eine Bombe, die ebenfalls Sachschaden anrichtete, während Personen nicht zu Schaden kamen. Ein anderer Straßenbahnwagen, der zum Ausfahren bereit stand, wurde mit Petroleum übergossen und in Brand gesteckt. Aehnliche wischenfälle ereigneten sich an mehreren Stellen. Vorsichtshalber besetzten Polizeiabteilungen die strategischen Punkte der Stadt. Flugschriftenverteiler wurden verhaftet. In **Barcelona** und Umgebung sind viele Sabotageakte vorgekommen. Bei Barcelona wurden auf einer Eisenbahnstrecke die Schienen in einer Länge von zwei Meter aufgerissen. Radikale Elemente versuchten, die Kanalisationsanlagen durch Bomben zu zerstören. In **Sevilla** kam es zu ernsten Zusammenstößen, bei denen viele Verhaftungen vorgenommen wurden. In **Tarrasa** bei Barcelona hißten die mit Revolvern bewaffneten Unruhestifter auf dem Rathause die rote Fahne. Während dessen umzingelten andere Gruppen die Gendarmeriekaserne. Sie wurden aber von den in der Kaserne liegenden Mannschaften unter Feuer genommen und mußten sich bei Tagesanbruch zurückziehen. Von Barcelona sind Truppen nach Tarassa abgegangen. Auf die Nachricht, daß Verstärkungen anrücken, ergaben sich die das Rathaus besetzt haltenden Demonstranten. 20 wurden festgenommen, die übrigen konnten entkommen. Nach den letzten Nachrichten ist die Ruhe wiederhergestellt.

China — Japan

Appell der chinesischen Völkerbundsdelegation an den Papst

Osservatore Romano meldet: Der Chef der chinesischen Delegation beim Völkerbund, **Yen**, hat im Namen des chinesischen Volkes an den Papst einen Appell gerichtet und von ihm ein Werk zugunsten seines Landes in der gegenwärtigen schwierigen Lage erbeten.

Wir wissen, schreibt das Blatt, daß der Kardinal-Sekretär Herrn Yen mitgeteilt hat, daß der Heilige Vater in seiner universellen Vaterschaft alle Völker umschließt, und daß er dem chinesischen Volke mehrere Beweise seines Wohlwollens gegeben hat, daß er ihm seine besten Wünsche übermittelt hat und daß er seiner Gebete versichert, damit sobald als möglich der Friede unter jenen zwei großen Völkern zurückkehre.

Die japanischen Gesamtverluste bei Tschapei

Aus Schanghai wird berichtet: Der japanische Admiral Nomura erklärte, die Gesamtverluste der japanischen Marineinfanterie und Mannschaften der Kriegsflotte in den Kämpfen bei Tschapei beliefen sich auf 80 Tote und 450 Verletzte.

Die Japaner kündigen eine große Offensive an

Die japanischen Militärbehörden in Schanghai teilen mit, sie seien bereit, noch 36 Stunden bis zur Eröffnung der Feindseligkeiten zu warten, um den Chinesen die Möglichkeit zu einem freiwilligen Rückzug zu geben. Andernfalls würden die japanischen Truppen am Mittwoch eine große Offensive eröffnen. Der chinesische Oberbefehlshaber Tsai hat demgegenüber die japanische Forderung auf Zurückziehung der chinesischen Truppen endgültig zurückgewiesen, sodaß in den nächsten Tagen mit großen Kämpfen zu rechnen sein wird.

Am Montag war die Kampflage sowohl in Tschapei als auch an der Wusung-Front verhältnismäßig ruhig. Die letzten Truppen der ersten japanischen Division wurden in Schanghai gelandet und mit der Ausschiffung der zweiten Division begonnen. Ferner wurden Pionier- und Hilfsformationen, mehrere Flugzeuge sowie zehn leichte und fünf schwere Tanks und Gebirgsartillerie, die sofort in Stellung gefahren wurden, an Land gesetzt. Die in Schanghai befindlichen japanischen Truppen belaufen sich nunmehr auf ungefähr 22 000 Mann.

Sport

Deutsche Skimeisterschaften

Erich Marx wiederum Dauerlaufsieger

Die Deutschen Skimeisterschaften 1932 wurden am Montag in Schreiberhau mit dem 50-Kilometer-Dauerlauf abgeschlossen. Diese gewaltige Ski-Prüfung, die an die Teilnehmer ganz unermeßliche Anforderungen an Kraft, Energie, Technik und Taktik stellt, wurde auch in diesem Jahre zu einem eindrucksvollen Kampf, den schließlich der vorjährige Sieger, Erich Marx aus Friedrichsroda, zur Freude aller Thüringer in der geradezu glänzenden Zeit von 3:30,06,7 Stunden mit dem knappen Vorsprung von 23 Sekunden vor dem Münchener Favoriten Ernst Krebs gewinnen konnte. Dritter wurde der Klingenthaler Otto Wahl in 3:34,46,2 Stunden.

Olympische Spiele

Das Endklassement der Nationen — Deutschland auf dem siebenten Platz vor Frankreich

Mit dem letzten Lauf der Viererbobrennen auf der Mount-van-Hoevenberg-Bahn wurden die 3. Olympischen Winterspiele nun vollends beendet. Das offizielle Endklassement ist nun:

1. Vereinigte Staaten von Nordamerika 103 Punkte, 2. Norwegen 77 Punkte, 3. Kanada 49 Punkte, 4. Schweden 28 Punkte, 5. Finnland 25 Punkte, 6. Oesterreich 15 Punkte, 7. Deutschland 12 Punkte, 8. Frankreich 10 Punkte, 9. Schweiz 9 Punkte, 10. Ungarn 7 Punkte, 11. Rumänien 4 Punkte, 12. Polen 3 Punkte, 13. Italien 3 Punkte, 14. Belgien 1 Punkt, 15. Tschechoslowakei 1 Punkt, 16. England und Japan 0 Punkt.

Anschlag auf einen D-Zug in Frankreich

Entgleisung bei Marseille

Der D-Zug Ventimiglia—Paris ist am Sonntag kurz vor 19 Uhr etwa fünf Kilometer vor der Einfahrt nach Marseille bei der Ortschaft La Pomme entgleist. Man glaubt, daß es sich um ein Attentat handele, da im Augenblick der Entgleisung eine starke Explosion weithin hörbar war.

Der Zug bestand aus der Lokomotive, dem Tender, dem Gepäckwagen, einem Speisewagen und sieben Schlafwagen bezw. Salonwagen sowie dem Schlußgepäckwagen. An einer Ueberführung hörte man plötzlich eine Explosion. Die Lokomotive fuhr noch etwa 100 Meter weiter, während der Gepäckwagen und der Speisewagen sich ineinanderschoben. Die drei nächsten Schlafwagen kamen aus dem Gleise und glitten die 6—8 Meter tiefe Böschung hinunter. Trotz des ernsten Unfalles sind glücklicherweise nur einige Reisende, und zwar unerheblich, verletzt worden. Der Reisende, der noch am schwersten verletzt wurde, hat nur eine leichte Verwundung am Knie davongetragen.

Nach einer späteren Meldung hat die Untersuchung ergeben, daß der Zug in die Luft gesprengt werden sollte. Als der Zug die Unfallstelle passierte, ist ein Sprengkörper explodiert. Verschiedene Augenzeugen wollen gesehen haben, daß vor dem Unfall zwei verdächtige Personen sich an der Eisenbahnstrecke zu schaffen machten.

Von der Untersuchungsbehörde wird das Attentat in Zusammenhang gebracht mit dem Anschlag, der am 9. Februar auf den Zug versucht wurde. Man vermutet, daß dieselben Täter am Werke waren, die damals den Zugführer überfallen wollten, um sich der von ihm verwalteten, mehrere tausend Francs enthaltenen Kasse zu bemächtigen.

Der ADGB. zur Arbeitszeit- und Tributfrage

Der Ausschuß des ADGB. trat zu seiner vierten Sitzung zusammen. In seinem Bericht über die Tätigkeit des Bundesvorstandes während der letzten Monate bemängelte der Vorsitzende Leipart insbesondere die unschlüssige Haltung des Reichsarbeitsministers in der Frage der allgemeinen Verkürzung der gesetzlichen Höchstarbeitszeit. Zur Tributfrage erklärte er, die Forderung

„Schluß mit den Reparationen"

stehe in keiner Weise im Widerspruch mit der bisherigen Stellungnahme der Gewerkschaften; sie sei vielmehr die Folgerung daraus, daß die Zahlungen für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete bereits geleistet worden seien und daß die Zahlungsunfähigkeit Deutschlands die Fortdauer der politischen Zahlungen nicht mehr gestatte. Die Gewerkschaften würden diesen Standpunkt auch weiterhin vertreten.

In der Aussprache wurde darauf hingewiesen, daß es noch zahlreiche Arbeiter und Angestellte in Deutschland gebe, die erheblich länger als 48 Stunden wöchentlich arbeiteten, und zwar besonders häufig in öffentlichen Betrieben. Notwendig sei es, die Verkürzung der Arbeitszeit in großem Umfange durchzusetzen. Die Einführung der

40-Stunden-Woche

müsse mit dem Zwang zur Einstellung von Arbeitskräften verbunden werden. Die in der Verordnung vom 5. Juni 1931 gegebene Grundlage für Verkürzung der Arbeitszeit genüge nicht.

Das Krümpersystem

sei nur unter bestimmten Voraussetzungen durchzuführen; aber wo diese Voraussetzungen gegeben seien, liege die Anwendung im Interesse der Gewerkschaften.

Die Schwarzarbeit

sei gegenwärtig Gegenstand einer besonderen Untersuchung im Reichswirtschaftsrat. Die Vertreter der Gewerkschaften hätten dort ihre Bereitschaft zur Bekämpfung der Schwarzarbeit erklärt, aber hinzugefügt, daß sie sich von zweckmäßigen tarifvertraglichen Regelungen eine größere Wirkung versprächen, als von dem gesetzlichen Zwang. Die Haltung des Bundesvorstandes in der Tributfrage wurde gebilligt.

Die Tribute

gehörten zu den Ursachen der immer noch zunehmenden Arbeitslosigkeit in Deutschland. Die Sitzung schloß mit Feststellungen Leiparts, die die in der Aussprache gemachten Ausführungen zur Arbeitszeitverkürzung und zur Tributfrage nochmals unterstrichen.

Kriminalfälle

Brandstiftung in einem Dorfe bei Koburg

In dem Dorfe Unterwasungen brach am Montag am frühen Morgen an zwei verschiedenen Stellen zugleich Feuer aus, das zwei Wohnhäuser, vier Scheunen, vier Stallungen und mehrere Nebengebäude einäscherte. Zahlreiches Vieh ist in den Flammen umgekommen. Es liegt unzweifelhaft Brandstiftung vor.

Liebestragödie

In der Wohnung des Kapitänleutnants a. D. Günther Barg in Rostock wurde die 37 Jahre alte Ehefrau Barg und der 28 Jahre alte Marineunterarzt Götze aus Kiel, mit dem die Frau ein Liebesverhältnis unterhielt, in schwer verletztem Zustande gefunden. Götze hatte der Frau Barg eine Kugel in die Brust geschossen und darauf sich selbst zu töten versucht. Die Tat ist anscheinend in beiderseitigem Einverständnis geschehen. Die beiden Schwerverletzten wurden der Chirurgischen Klinik zugeführt.

Leichenteile in einer Pappschachtel

Montag früh wurden auf dem Franz-Josef-Bahnhof in Wien in einer Pappschachtel zwei aus den Gelenken gelöste weibliche Beine, anscheinend von einer jungen Frau, gefunden. Die Frau dürfte noch wenige Stunden vor der Auffindung der Beine gelebt haben.

Dynamitanschlag in Schweden — Drei Tote, sechs Verletzte

Durch einen Dynamitanschlag wurde nachts in Göteborg ein Wohngebäude in die Luft gesprengt, in dem mehrere Familien wohnten.

Ein 35jähriger Bauarbeiter hatte beschlossen, an seiner von ihm geschiedenen Frau Rache zu üben. Kurz vor 2.30 Uhr warf er ein Paket mit Dynamit durch ein Fenster in ein Zimmer des Hauses, in dem seine Frau wohnte. Eine gewaltige Explosion erfolgte, durch die der größte Teil des Hauses zerstört wurde. Die Rettungsarbeiten gestalteten sich sehr schwierig. Aus den Trümmern wurden drei Tote und sechs zum Teil schwerverletzte Personen geborgen. Den Täter fand man in einem Walde in der Nähe der Stadt tot. Er hatte Selbstmord begangen.

Prima Autobenzin
30 Pfg. per Liter,
Autoöle u. sonstige technische Fette und Oele liefern prompt ab Lager
Wilhelm Crämer Erben, Soest
Niederbergheimerstr. 25. Tel. 180.



Sonder Veranstaltung
in der Lichtburg
am Mittwoch, den 17. Febr. 4 u. 8,15 Uhr
„Das Vermächtnis eines Missionares"
Der große Afrikafilm der Miva.
Im Beiprogramm:
„Der Allerheiligen-Markt in Soest"
„Der Katholikentag in Nürnberg"
„Oberammergau"
Keine erhöhten Preise! Kinder zahlen 0, 0 0,40 0,50 RM
Sonderprogramm:
WESTFÄLISCHE LANDESLICHTSPIELE E. V.

2 R 18 — 30.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **Firma F. B. Müller in Soest,** alleiniger Inhaber **Kaufmann Paul Müller in Soest,** ist zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen und zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen sowie zur Anhörung der Gläubiger über die Erstattung der Auslagen u. die Gewährung einer Vergütung an die Mitglieder des Gläubigerausschusses der **Schlußtermin** auf den **9. März 1932, mittags 12,30 Uhr, Zimmer 17** vor dem Amtsgerichte hierselbst bestimmt.

Soest, den 10. Februar 1932.

Das Amtsgericht.

Zwangsversteigerung

Mittwoch, den 17. Februar, vorm. 10,30 Uhr, versteigere ich in meinem Pfandlokal Pollhofstr. (Lagerhaus Voßwinkel):

1 Büfett, 1 Ausziehtisch, 1 Sofa, 2 gepolsterte Sessel, 1 Klavier, 1 Chaiselongue, 1 Schreibmaschine, 1 Glasschrank, 1 Ladentheke, 1 Schreibpult, mehrere Bilder, 1 Dezimalwage, 1 Gasherd, Wasserleitungsrohre m. versch. Durchschnitt, 1 Auto

öffentlich meistbietend gegen sofortige Zahlung.

Elliger, Obergerichtsvollzieher.

Bekanntmachung

An unseren höheren Schulen, Volksschulen und Berufsschulen sind mehrere Schuldienerstellen und an unseren Turnhallen und Dienstgebäuden einige Hausmeisterstellen zu besetzen. Berücksichtigt werden vor allem Familien, die keinerlei Nebeneinnahmen haben.

Bewerbungen sind binnen 2 Wochen schriftlich unter Angabe des Familienstandes und der bisherigen Tätigkeit an den unterzeichneten Magistrat einzusenden. Persönliche Vorstellung ohne Aufforderung ist nicht erwünscht und zwecklos.

Soest, den 15. Februar 1932.

Der Magistrat.

Zwangsversteigerung

Mittwoch, den 17. Februar 1932, vormittags 11 Uhr, versteigere ich in der Wirtschaft Andernach, hierf., Osthofentor:

1 Bücherschrank,

öffentlich meistbietend gegen Barzahlung.

Soest, den 15. 2. 1932

Bräutigam, Obergerichtsvollzieher.

Bekanntmachung

Auf Anordnung der Reichsregierung findet am 1. März ds. Js. eine Schweinezählung und Kalbezeitenerhebung statt. In den Stadtkreisen mit 100000 und mehr Einwohnern soll die Zählung nicht durchgeführt werden, es ist aber auch dort die Zahl der Schweine festzustellen, die am Zähltage auf den Schlacht- und Nutzviehmärkten vorhanden sind.

Die diesmalige Schweinezählung schließt sich an die seit 1929 durchgeführten vierteljährlichen Schweinezählungen an.

Es liegt im dringenden Interesse der Reichs- u. Staatsverwaltungen, durch diese Zählung einen Aufschluß über den heutigen Stand und den Entwickelungsgrad der Schweinehaltung in allen Teilen des Landes im Vergleich zu den Vorjahren zu erlangen.

Die gleichzeitig mit der Schweinezählung durchzuführende **Kalbezeitenerhebung** soll feststellen, inwieweit die Häufung der Kälbergeburten zu gewissen Zeiten Ursache der Milchschwemme sein kann. Will man die durch die Milchschwemme verursachten Preisstürze bekämpfen, so ist eine genaue Kenntnis der Verteilung des Melkwerdens der Kühe über das Jahr nötig.

Um auch in Betrieben ohne Zuchtbuchführung zuverlässige Angaben zu erhalten, wird jedesmal nach Ablauf von 3 Monaten, also bei den nächsten vier Zählungen, nach den in den voraufgegangenen 3 Monaten geborenen Kälbern gefragt werden. Es ist anzunehmen, daß dann jeder Landwirt die Geburtsmonate seiner Kälber fehlerlos, wenn nötig aus dem Gedächtnis, angeben kann. Dem Wesen der Erhebung entsprechend ist es gleichgültig, ob die Kälber noch vorhanden sind oder nicht, da wesentlich das durch das Kalben verursachte Anschwellen der Milchmengen in den einzelnen Provinzen festgestellt werden soll.

Da das Ergebnis einer Zählung die einzige amtliche Quelle ist, nach der der Stand der Schweinezucht im Zusammenhang mit der allgemeinen Wirtschaftslage auch von der Oeffentlichkeit richtig beurteilt werden kann, so müssen sämtliche an der Zählung Beteiligten mit besonderem Nachdruck auf die sorgfältige Ausführung der Zählung an den einzelnen Orten hinwirken, um durch die vollständige Erfassung des Schweinebestandes ein zuverlässiges amtliches Ergebnis zu gewinnen.

Die Ergebnisse der Zählungen dienen lediglich volkswirtschaftlichen Zwecken. Ueber die den Viehbesitz des Einzelnen betreffenden Nachrichten ist das Amtsgeheimnis zu wahren. Die Angaben dürfen nur zu amtlichen statistischen Arbeiten dagegen **nicht zu Steuerzwecken** benutzt werden.

Wer vorsätzlich eine Anzeige, zu der er auf Grund der Verordnung des Bundesrats vom 30 Januar 1917 (R. G. Bl. S. 81) nicht erstattet, oder wissentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird nach Paragraph 4 dieser Verordnung mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 10 000 Rm. bestraft; auch kann Vieh dessen Vorhandensein verschwiegen worden ist, im Urteil „für dem Staate verfallen" erklärt werden.

Die Zählung erfolgt durch Zähler, deren Amt ein Ehrenamt ist.

Ich hoffe, daß alle Beteiligten, die zur Mitarbeit berufen werden, sich mit voller Teilnahme der ihnen zufallenden Aufgaben widmen werden. Auf eine bereitwillige Mitwirkung der Ortseinwohner bei der Ausfüllung der Listen wird gerechnet.

Arnsberg, den 4. Februar 1932.

Der Regierungspräsident.

Veröffentlicht!

Soest, den 12. Februar 1932.

Der Landrat.

Suche Pachtung

100—150 Morgen, evtl. auch größer, zum Frühjahr oder Herbst. Kapital und Inventar vorhanden. Offerten u. Nr. 1003 an die Geschst. ds. Bl.

Brechkoks in allen Größen I. II. III. IV.
Anthrazit II. III.
Eiformbriketts
Magernuß II. III.
Unionbriketts
Nuß I. II. III.
liefert billigst frei Keller. Sie haben Vorteile wenn Sie bei mir anfragen.
Hugo Meis.

Weißkalk
in Stücken vorrätig.
A. Klee.

Mittwoch bis Freitag
in feinste bekannte Qualität zu niedrigen Preisen:
gr. Schellfisch I u. II
Bratschellfisch
HEILBUTT
SCHOLLEN
Goldbarschfilet
fr gr. Heringe
Flußfische
Brathücklinge
Räucherfische
EMIL HERBENER.

Prima fette
Schweine
für Hausschlachtungen abzugeben.
Zu erfr. in d Gesch. unter Nr. 1001.

Hypotheken
volle Auszahlung, unkündbar, zinsfrei auf Gegenseitigk. Bedingungen kostenlos.
Hypothekenkasse A-G
Leipzig C 1, Dufourstraße 4

Maja Bohnerwachs
ist billiger geworden.

¼ kl	½ kl	1 kl
-.45	-.85	1.60

Carl Hochherz.

Heute bis Freitag:
Grüne Heringe Pfd. nur 14 Pfg.
Bratschellfisch Pfd nur 18 Pfg.
Cabliau o Kopf Pfd. nur 25 Pfg.
Schellfisch o K. Pfd. nur 30 Pfg.
Bücklinge Pfd. nur 20 Pfg.
Sprotten Pfd nur 10 Pfg Kiste nur 30 Pfg
Ia Heringe Stck. nur 3 und 6 Pfg.
Eingelegte Stck nur 10 Pfg.
Rollmops Stck. nur 10 Pfg
Bratheringe Stck nur 10 Pfg
Größte Auswahl i. Marinaden billigst.
Markthalle
Soest.

Zwangsversteigerung

Im Wege der Zwangsvollstreckung werde ich am **Mittwoch, den 17. Februar 1932, 14 Uhr,** in meinem Pfandlokale (Voswinckel-Pollhofstraße):

3 Ausziehtische, 1 Truhe, 1 Nähmaschine (Mundlos), 1 Reparaturenschrank, 2 Büfetts, 1 Wintermantel, 1 compl. Einrichtung Bauernmöbel, 2 Schreibtische, 2 Reste Drell u. a. m.

ferner anschließend am Pfandorte:

1 Posten Blumen

öffentlich meistbietend gegen sofortige Bezahlung verkaufen.

Soest, den 15. Februar 1932.

Härtel, Gerichtsvollzieher, Jakobistr. 30.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgange unserer lieben Entschlafenen, sagen wir hiermit unsern

tiefgefühlten Dank.

Familie Rehbein.

Katrop, den 15. Februar 1932.

Was ist
Mate-Gold?



Mate-Tee ist seit Jahrhunderten das tägliche Getränk vieler Millionen Süd-Amerikaner. Die führende Qualitätsmarke **„Mate-Gold"** ist wohlschmeckend, fast wie chinesischer Tee, und überaus gesundheitsfördernd, insbesondere bei Gicht, Rheuma und Ischias. Ein Versuch überzeugt! Verlangen Sie aber ausdrücklich

„Mate-Gold" in Originalkartons von

¼	½	1/1 Pfund
0.70	1.30	2.50

DROGERIE Giesenbauer
neben der Deutschen Bank

Von heute bis Freitag

Ia Schellfisch kopflos	Pfd.	38 Pfg.
Ia Cableau kopflos	„	25 „
Ia Goldbarsch kopflos	„	25 „
Ia Bratschellfisch	„	20 „
Ia Fischfilet schneeweiß	Pfd.	35 bis 45 „
feinste grüne Heringe	Pfd.	14 „
feinste Rohebücklinge	„	25 „
feinste engl. Bücklinge	„	35 „
Echte Sprotten	¼ „	10 „

mit 5 Proz. Rabatt.
Curt Stolper,
Soest, Ulricherstr. 4 und Filialen.

Geben Sie Ihre Schuhe
in die moderne Schuhbesohlanstalt Kleekämper
Rathausstr. 19.

Habe in Ampen ein
Wohnhaus
nebst Obst- u Gemüsegarten auf sofort zu vermieten.
Heinrich Blumendeller.

Ingenieurschule Ilmenau
in Thüringen. Maschinenbau und Elektrotechnik. Wissenschaftliche Betriebsführung. Werkmeisterabteilung.

Seit 1930 ist Kaffee Hag 31% billiger!

1 Pfund Kaffee Hag kostete:		Ermäßigung
Langjähriger Preis nach Goldumstellung	RM 5.00	
Februar 1930	RM 4.50	RM 0.50
Februar 1931	RM 4.05	RM 0.45
März 1931 Zollerhöhung, trotzdem keine Preiserhöhung		RM 0.20
31. Dezember 1931	RM 3.65	RM 0.40
Gesamt-Ermäßigung 31% =		RM 1.55

Die bewährte Qualität ist unverändert.

Für erste Sorten coffeinhaltigen Kaffees sind Preise von über RM 4.00 keine Seltenheit. Kaffee Hag kostet nur RM 3.65 das Pfund.

Wir bemühen uns, den Kaffee Hag so billig wie möglich zu liefern. Noch billiger könnte Kaffee Hag nur dann werden, wenn der Zoll ermäßigt, oder die Bezugspreise von Übersee gesenkt würden.

Der Zoll beträgt aber noch immer auf jedes Pfund gerösteten Kaffee **RM 1.00.** Der Kaffeepreis ist schon so niedrig, daß die Plantagen, welche unsere hochwertigen Kaffees liefern, bereits mit Verlust arbeiten.

Eine 10%ige Lohnsenkung laut Notverordnung macht infolge des hohen Zolles auf den Verkaufspreis von einem Pfund Kaffee etwa 2 Pfg. aus, die Senkung der Postgebühren und Frachten ½ Pfg

Dagegen beträgt die Mehrbelastung durch die Erhöhung der Umsatzsteuer auf 2% bei 1 Pfund Kaffee 3 Pfg.



Das große Paket jetzt nur RM 1.46, das kleine 73 Pfg.

Jeder Kaffeetrinker kann sich heute den guten Kaffee Hag leisten!